

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen

Juni 2007/2

Höhepunkte deutschen Widerstandes

Von Annemarie Renger

Um die Mitte eines jeden Jahres gedenken wir zweier Höhepunkte des Widerstandes: Der gescheiterte Umsturzversuch und das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 sowie der von sowjetischen Truppen niedergeschlagene Arbeiter- bzw. Volksaufstand vom 17. Juni 1953. So verschieden beide Ereignisse waren, so ähnlich waren sie sich in dem Bestreben, Freiheit und Recht durchzusetzen und unmenschliche Tyrannei zu überwinden. Der Zusammenhang beider Gedenktage ergibt sich aus der Tatsache, dass die zweite Diktatur in Deutschland ohne die erste und den von ihr entfesselten Weltkrieg nicht stattgefunden hätte. Und sie hängen auch deshalb zusammen, weil Widerstand nicht nur Niederlage, sondern auch Hoffnung war. Hoffnung, weil in Deutschland Widerstand von Demokraten gegen Diktaturen möglich war und – vor allem im Sinne von „Wehret den Anfängen“ – immer möglich und nötig bleibt.

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist der Ausgangspunkt der Arbeit des ZDWV. Überlebende Opfer des NS-Terrors und ihre Nachfahren prägen bis heute unsere Tradition, die auch ganz junge Leute anzieht. Nach und nach kamen immer mehr Opfer der SED-Diktatur und Überlebende des Gulag dazu, weil sie sich in unserer Tradition gut aufgehoben sehen. So konnte ich bereits vor vier Jahren hier am gleichen Platz feststellen: „In unseren Reihen – in den Reihen des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen – sitzen



Die Vorsitzende des ZDWV
Dr. h.c. Annemarie Renger

sie heute nebeneinander, die vom 17. Juni 1953 mit denen – neun Jahre vorher – vom 20. Juli 1944.“

Aus Nebeneinander wird Miteinander im gemeinsamen Kampf gegen Diktatur. Das ist attraktiv für die Jugend und macht die Demokraten stärker, denn Feind der Demokratie ist das antidemokratische Denken in seinen verschiedenen Ausprägungen. Antidemokratische Bestrebungen sind nicht mit den beiden Diktaturen in Europa untergegangen. Sie leben fort und treten uns Demokraten heute und sicher auch weiterhin, oftmals getarnt oder schleichend und dann wieder in unverschämter Offenheit gegenüber, gleich ob in Gestalt des aktuellen Links- und Rechtsextremismus oder als politischer und krimineller Islamismus. Kluger und kenntnisreicher Kampf gegen den Extremismus ist daher heute wie vor achtzig Jahren eine der großen Überlebensfragen der im demokratischen Verfassungsstaat garantierten Freiheit. ■

Miroslav Mareš

Der dritte Extremismus

Islamistische Bewegung

Seite 5

Ernst Eichengrün

Hass auf die Juden

Der Antisemitismus
hat in Deutschland
zugenommen

Seite 7

Demokratie braucht
Demokraten

„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“

Video-Dokumentation
von Werner Müller

Seite 10

Hans-Jürgen Grasemann

Zwei Diktaturen in Deutschland

Vergleichen ist möglich

Seite 12

Inhaltsverzeichnis

Annemarie Renger
Höhepunkte deutschen Widerstandes Seite 1

Johannes Tiefensee
17. Juni 1953: Spuren im Stein
Ein Bericht anlässlich des
54. Jahrestages Seite 2

XVIII. Bautzen-Forum Seite 3

Helmut Pfeiffer
Hingerichtet im SED-Unrechtsstaat: Werner Hoffmann Seite 4

Miroslav Mareš
Der dritte Extremismus
Islamistische Bewegung aus der Sicht
der Politikforschung Seite 5

Ernst Eichengrün
Hass auf die Juden
Der Antisemitismus hat in Deutschland
zugenommen Seite 7

Demokratie braucht Demokraten
**„Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold“**
Video-Dokumentation (DVD)
von Werner Müller Seite 10

Hans-Jürgen Grasemann
Zwei Diktaturen in Deutschland
Zur Auseinandersetzung über ihre
Vergleichbarkeit Seite 12

Aus den Verbänden

BDWV-NRW
Hans Marquardt wird 80 Seite 14

BWV-Bayern
Ernst Raim
„Mich hat man vergessen“ Seite 15

Neuerscheinungen Seite 15

Impressum Seite 20

17. Juni 1953: Spuren im Stein

In Leipzig haben engagierte Bürger und Unternehmen der Stadt ein Denkmal für die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 errichtet.

Ein Bericht anlässlich des 54. Jahrestages

Von Johannes Tiefensee

Dieter Teich ist am 17. Juni 1953 gerade 19 Jahre alt. Gelernt hat er den Beruf eines Gießereifacharbeiters, in seiner Freizeit sammelt er Briefmarken. Erst seit kurzer Zeit ist er beim VEB Mitteldeutscher Feuerungsbau in Holzhausen bei Leipzig beschäftigt.

Heute jedoch arbeitet keiner in seinem Betrieb. Die Kollegen streiken, wie auch Dieter Teich. Gemeinsam mit ihnen zieht er in die Innenstadt Leipzigs. Seit den Mittagsstunden fordern dort die Demonstranten vor der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in der Beethovenstraße die Freilassung von Gefangenen. Die Situation eskaliert, die Menge beginnt den Gebäudekomplex zu stürmen. Soldaten geben zunächst Warnschüsse ab. Schließlich schießen Volkspolizisten und Offiziere der Staatssicherheit in die vordrängende Menge. Einige Demonstranten werden verletzt. Dieter Teich ist tödlich getroffen.

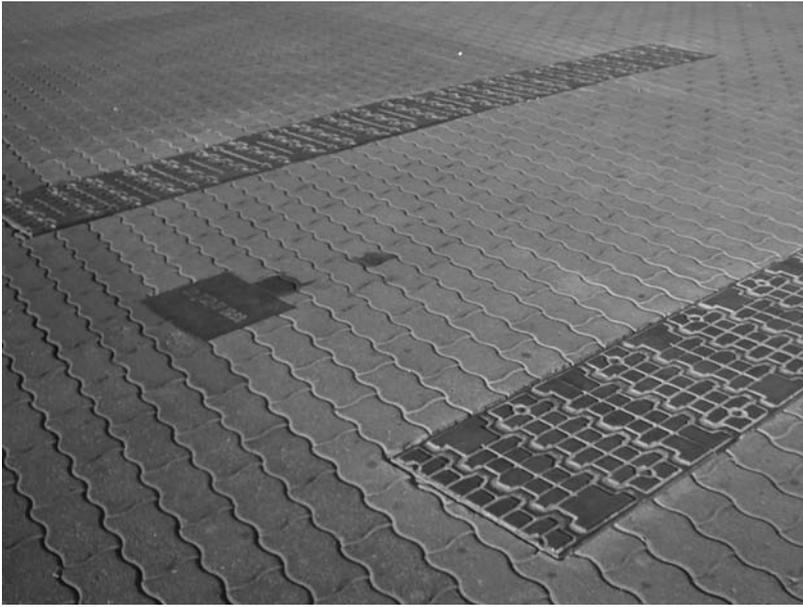
Er ist der erste Tote des Volksaufstandes in Leipzig. Noch vor Verhängung des Kriegsrechts.

Insgesamt sterben durch die Ereignisse des 17. Juni 55 Menschen. 18 weitere Todesfälle sind bis heute ungeklärt.

Der Bezirk Leipzig ist eines der Zentren des Aufstandes. Bis zu 80000 Menschen sind am Demonstrationszug in der Leipziger Innenstadt beteiligt. Sie treten ein für eine Verbesserung der Lebensbedingungen, freie Wahlen und die Freilassung politischer Gefangener, bis die Staatsgewalt der DDR mit Hilfe der Sowjetarmee den Aufstand blutig niederschlägt.

Sowjetische Panzer rollen damals mitten durch das Leipziger Zentrum. Auf ihrem Weg bringen sie Tod und Zerstörung. Sie haben eine tragische und unvergessliche Spur hinterlassen.





Im Jahr 2003 fanden sich zehn junge Menschen, die es sich zur Aufgabe machten, die Opfer dieser Spur in einem Denkmal zu würdigen und an die Ereignisse jenes Tages zu erinnern. Ehrgeiziges Ziel war zudem, die Baukosten in Höhe von 20000 Euro ganz ohne öffentliche Gelder aufzubringen. Aus der Idee wurde ein Verein mit bald 50 Mitgliedern, auch Dr. h.c. Wolfgang Thierse, damals Präsident des Deut-

schen Bundestages, trat als Ehrenmitglied bei.

Am 17. Juni 2003 wurde schließlich mit einer bronzenen Gedenkplatte der Grundstein für das Denkmal direkt am Leipziger Markt gelegt. Seit dem 9. November 2003 ist der Bau fertig.

Er ist kein weithin sichtbarer Obelisk oder ein mächtiges Mahnmal. Das Denkmal, das Spuren nach-

zeichnen will, ist selbst Spur: Seine Form sind bronzenen Abdrücke zweier Ketten jener russischen T34-Panzer, die damals durch die Innenstadt Leipzigs rollten. Die Spuren sind in die Steine der Fußgängerzone eingelassen. Ebenerdig, begehbar und damit überwindbar. Sie sind Zeichen des letztendlichen Sieges des Freiheitswillens der Menschen über ein diktatorisches Regime und gleichzeitig Mahnung an seine stete Gefährdung.

Dieter Teich wird zusammen mit den anderen Toten dieses Tages am 20. Juni 1953 auf dem Leipziger Südfriedhof eingäschert. Die Angehörigen werden weder informiert noch um Erlaubnis gebeten. Endlich, am 17. August wird die Urne beigesetzt. Der mit der Überwachung der Trauerfeier beauftragte Kriminalpolizist meldet: „Anwesend 10 Personen, keine Vorkommnisse.“

Der Autor:

Johannes Tiefensee, geboren 1979 in Leipzig, ist Rechtsreferendar in München und seit 2007 Mitglied im Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern).

XVIII. Bautzen-Forum

Am 10. und 11. Mai 2007 fand – wie jedes Jahr seit 1990 – das 18. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung statt. Thema: „Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989.“

Ausgerichtet wird die jährliche Veranstaltung mit mehreren hundert Teilnehmern, darunter hauptsächlich ehemalige politische Häftlinge der beiden Bautzener Zuchthäuser, vom Leipziger Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung unter der Leitung von Matthias Eisel. Beteiligt ist die von Silke Klewin geleitete Gedenkstätte Bautzen, die regelmäßig eine Sonderveranstaltung im Rahmen des Forums durchführt. Diesmal präsentierten der Nestor der Kommunismus- und DDR-Forschung Professor Hermann Weber und seine Frau Gerda ihr neuestes Buch: „Leben nach dem ‚Prinzip links‘. Erinnerungen aus fünf Jahrzeh-

ten“. Einige Jahre nach dem Studium an der SED-Parteihochschule (1947–1949) hatten sie sich von der Kommunistischen Partei losgesagt. Webers Definition seines „Prinzips links“ als in der europäischen Aufklärung wurzelnde Freiheitsbewegung erklärt nicht nur seine dicke Stasi-Akte, sondern auch den Hass jener Partei mit den häufigen Namensänderungen (KPD-SED-PDS-Die Linke), der den aus der Mannheimer Arbeiterschaft stammenden Universitätsprofessor wohl bis an sein Lebensende verfolgen wird.

Das Hauptthema des Bautzen-Forums wurde von Wissenschaftlern und einer spannenden Auswahl von Zeitzeugen bestritten. Bemerkenswert war der Vergleich der deutschen Aufarbeitung der „Stasi“ mit ähnlichen Bemühungen in Ungarn, Polen und Russland, wobei Irina Sherbakova vom Russischen Menschenrechtszentrum Memorial der

Unterstützung von Dr. Kazimierz Woycicki, Direktor des polnischen Instituts für Nationales Gedenken, gewiss sein konnte. Woycicki kritisierte ein allzu großes Wohlwollen der Deutschen gegenüber Putin, der die Entwicklung Russlands in Richtung eines freiheitlichen Landes weit zurückgeworfen habe.

Die Referate und Podiumsgespräche werden in der Reihe Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung dokumentiert. Das Heft über das Forum 2007 wird voraussichtlich ab Herbst 2007 vorliegen und kann dann bestellt werden bei:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Leipzig
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Tel.: 03 41–9 60 24 31
Fax: 03 41–9 60 50 91
E-Mail: Lpzmail@fes.de

Hingerichtet im SED-Unrechtsstaat: Werner Hoffmann

Von Helmut Pfeiffer

Es muss daran erinnert werden, dass während der kommunistischen Herrschaft im östlichen Teil Deutschlands eine ganze Reihe von Todesurteilen verhängt und vollstreckt wurden – fast immer ohne Information der Öffentlichkeit. Eines davon traf Werner Hoffmann.

Am 7. September 1953 wurde Werner Hoffmann vom Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt (jetzt wieder Chemnitz) zum Tode verurteilt. Der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts war dabei besetzt mit dem Oberrichter Günther als Vorsitzenden, dem Technologen Johannes Höppner und dem Schlosser Hermann Blätterlein als Schöffen und der Justizangestellten Hensel als Protokollführerin. Die Anklage erhob Staatsanwalt Richter, Vertreter des Bezirksstaatsanwaltes. Das Urteil gründete sich auf „Kriegshetze verübt durch Spionage“ und auf „Friedensgefährdung“ – nach Art. 6 der Verfassung der DDR und Art. III A III der Kontrollratsdirektive 38.

Im gleichen Verfahren wurden Lothar Scheuner, Helmut Pfeiffer und Ulrich Kirmse zu lebenslangem Zuchthaus und Irene Hoffmann, die Ehefrau Werner Hoffmanns, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das pfändbare Vermögen sämtlicher Angeklagten wurde als Wiedergutmachungsbeitrag eingezogen und die Sühnemaßnahmen aus Art. 6 der Verfassung und Art. IX Ziff. 3–9 der Kontrollratsdirektive 38 gegen sie angeordnet. Die gegen das Urteil vom 7. September 1953 eingelegten Berufungen wurden vom Strafsenat 1b des Obersten Gerichts der DDR am 6. Oktober 1953 zurückgewiesen. Ein Gnadengesuch wurde vom Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, am 8. Februar 1954 abgelehnt. Das Todesurteil wurde am 20. März

1954 vollstreckt; der Bestattungsschein des Standesamtes Dresden nennt Herzmuskelinsuffizienz, Herzinfarkt als Todesursache.

Werner Hoffmann wurde am 22.10.1926 geboren. Nach der Schule war er Verwaltungslehrling bei der Stadtverwaltung Chemnitz. Er wurde 1944 zur Marine eingezogen und geriet 1945 in englische Kriegsgefangenschaft, aus der er noch im gleichen Jahr entlassen wurde. Nach seiner Rückkehr war er Verwaltungsangestellter bei der Stadt Chemnitz, erst Sachbearbeiter, dann Verwaltungsinspektor. Er wurde 1950 als Referent in das Innenministerium der DDR in Berlin berufen, kam 1951 als Hauptreferent zur Stellenplaninspektion bei der Zentralen Kommission für staatliche Kontrolle.

Das Gericht warf ihm vor, mit einem Agenten des amerikanischen Geheimdienstes in Verbindung zu stehen und diesem Material aus seiner Dienststelle übergeben zu haben, auch solches, das geheim zu halten war. Dafür soll er Zahlungen in DDR-Mark und auch Gutschriften in Westmark auf ein besonderes Konto erhalten haben. Seine Gefährlichkeit wurde besonders darin gesehen, dass er „durch seinen verbrecherischen Vertrauensbruch den imperialistischen Kriegsbrandstiftern die umfassende Grundlage für den Aufbau eines Agentennetzes in der DDR lieferte“.

Der Generalstaatsanwalt der DDR, Dr. Ernst Melsheimer, berichtete dem Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland, zu Händen Oberst Jakupow, über die Verurteilung Werner Hoffmanns ausführlich (in russischer Sprache) unter anderem:

„Weil das Verbrechen des Hoffmann so groß ist und er dazu beigetragen hat, dass die faschistischen

Provokateure den 17. Juni 1953 entfachen konnten, hat der Anklagevertreter die höchste Strafe für den Feind unserer Ordnung beantragt, worauf das Gericht auch antragsgemäß erkannt hat“.

Hier log Dr. Melsheimer! In Wahrheit hatte Werner Hoffmann, der am 5. Juni 1953 verhaftet wurde, keinerlei Bezug zum 17. Juni; dieser wurde auch im Verfahren nirgends erwähnt.

Irene Hoffmann wurde am 11. November 1960 aus dem Zuchthaus entlassen, Lothar Scheuner und Ulrich Kirmse am 3. November 1962 und Helmut Pfeiffer am 17. Dezember 1964.

Werner Hoffmann wurde rehabilitiert, ebenso auch die anderen. Der 2. Senat zu Rehabilitierung des Landgerichts Dresden beschloss am 17. Februar 1993:

„Das Urteil des Bezirksgerichts Karl-Marx-Stadt vom 07.09.1953 – 1 Ks 249/53 – sowie das Berufungsurteil des Obersten Gerichts der DDR vom 06.10.1953 – 1 b Ust 507/53 – werden für rechtswidrig erklärt und aufgehoben. Die darin Verurteilten sind rehabilitiert.“

Damit wurde eindeutig rechtlich festgestellt, dass Werner Hoffmann infolge seiner Verurteilung als eines der zahlreichen Opfer der politisch gelenkten DDR-Justiz sein Leben verlor. ■

Der Autor:

*Helmut Pfeiffer ist Jurist und lebt in Nordhausen/Thüringen. Von Juni 1953 bis Dezember 1964 verbrachte er elfeinhalb Jahre in Zuchthäusern der DDR. Kontakte in Westberlin waren ihm als „Spionage“ zur Last gelegt worden. Vor zwei Jahren erschien sein Buch: *Lebenslänglich. Freiheit verloren, Recht verloren*, Erfurt 2005.*

Der dritte Extremismus

Islamistische Bewegung aus der Sicht der Politikforschung

Von Miroslav Mareš

Extremismusforscher haben sich lange Zeit hauptsächlich mit der Problematik der verschiedenen Varianten des Links- und Rechtsextremismus beschäftigt. Jetzt widmen sie auch einer militanten und intoleranten Durchsetzung des fanatisch interpretierten Islam sehr große Aufmerksamkeit, weil diese dritte Form einer extremistischen Bewegung die westlichen Demokratien vom Innen und Außen gefährdet. Es ist möglich, den Islamismus mit dem bisherigen Instrumentarium der sog. Extremismus-Theorie zu erforschen sowie mit anderen Extremismen zu vergleichen.

Islamismus als eine Form des Extremismus

Wenn man den Islamismus als Extremismus bezeichnen will, sollte nicht vergessen werden, dass eine solche Betrachtung auch eine präzise Definition erfordert. Es ist kaum möglich und wäre falsch, den Islam als ganze Religion sowie die politische Dimension dieser Religion als extremistisch zu bezeichnen. Es existieren verschiedene Varianten des Islam, und manche Interpretationen sind mit der gegenwärtigen europäischen Demokratie vereinbar. Islamismus als eine Variante des Extremismus soll also nicht alle politischen Varianten des Islams einschließen, sondern nur diejenigen, die extremistische Merkmale erfüllen.

Für alle Extremisten typisch sind die antidemokratischen Ideen, die fanatische Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, die Sicht auf die Welt durch Verschwörungstheorien und durch Freund-Feind-Stereotypen. Extremisten sind oft auch gewaltbereit, zum Mindesten während der geplanten Machtergreifung und im Rahmen der Konsolidierung der diktatorischen Regimes. Alle diese Kriterien können wir auch im Islamismus finden.

Islamismus lässt sich als eine spezifische Variante des religiösen Extremismus betrachten. Es gibt verschiedene Versuche, den Islamismus als rechtsextremistische oder linksextremistische Ideologie zu analysieren. Das ist aber nach meiner Meinung die falsche Richtung. Es existieren mehrere Varianten des Extremismus (nicht nur Linksextremismus und Rechtsextremismus), so auch der religiöse Extremismus. Diese Bezeichnung soll nicht die politische Dimension solchen Extremismus verschweigen, sondern zeigen, wo eine bestimmte Variante des Extremismus die primäre Begründung für seine Ideen findet. Andere Varianten des religiösen Extremismus sind gegenwärtig nicht so stark und aggressiv wie der Islamismus. Das gilt auch für den christlichen Extremismus, der aber oft mit dem Rechtsextremismus verbunden ist. Kommunisten und andere Linksextremisten sind meistens fanatisch anti-religiös orientiert, doch viele Experten sprechen vom Kommunismus, aber auch vom Nationalsozialismus als politische Religionen.

Netzwerk der Intoleranz

Islamismus nutzt verschiedene dogmatische und fanatische Interpretationen des Koran zur Bildung der kollektiven Identität seiner Anhänger. Diese fühlen sich als eine Avantgarde, die die einzig richtige Deutung der Religion predigt. Deshalb sind die Islamisten stark intolerant gegenüber Andersdenkenden und wollen in den geplanten islamistischen Theokratien die Opposition brutal beseitigen. Islamisten möchten totalitäre theokratische Regimes einführen. Regional orientierte Islamisten wollen insbesondere die Macht in räumlich begrenzten Regionen gewinnen. Die globale islamistische Bewegung (deren Teil aber auch die Regionalislamisten sind) will in der langfristigen Pers-



*Der Autor:
Der Extremismusexperte Dr. Dr. Miroslav Mareš ist Forschungsassistent der Politikwissenschaft an der Fakultät für Sozialstudien der Masaryk-Universität in Brno (Brünn), Tschechien.*

pektive die islamische Theokratie in den ganzen Welt einführen. Die vorrangigen Ziele aber sind die Beendigung der angeblichen „Verwestlichung“ des islamischen Raumes, die Beendigung der militärischen und ökonomischen Präsenz der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in der islamischen Welt sowie die Zerstörung Israels.

Den Grundstein der gesellschaftlichen Ordnung bildet dabei laut Islamisten das dogmatisch interpretierte Recht der Scharia. Die islamistische Auslegung der Religion steht mit den Werten der modernen Demokratie in Konflikt. Obgleich Islamisten aus taktischen Gründen die prozeduralen Mechanismen der Demokratie respektieren und vor allem benutzen, negieren ihre Zielvorstellungen die demokratischen Ideen. In dieser Hinsicht, diesem grundsätzlichen Widerspruch, sind sie den anderen Extremisten sehr ähnlich.

Wichtig ist, Islamismus als eine Bewegung zu verstehen, die in verschiedenen Formen existieren kann. Die islamistischen Bewegungen sind am stärksten im traditionellen islamischen Raum, wo sie sich besonders als die Kämpfer gegen korruptierte säkulare und/oder angeblich westlich orientierte Regimes präsentieren. Hier können die Isla-

misten in politischen Parteien (wenn zu Wahlen zugelassen), aber auch als bewaffnete (häufig terroristische) Organisationen wirken. Die Kombination des politischen und des bewaffneten Flügels in einer Organisation ist relativ üblich. Die islamistischen Regimes oder Teile des Staatsapparates der anderen Regimes, die unter islamistischen Einfluss stehen, können die islamistischen Ziele auch durch Staatseinrichtungen durchsetzen, u.a. mit der Hilfe der Geheimdienste oder der kulturell-religiösen Einrichtungen. Es existieren auch verschiedene islamistische Stiftungen, die in den Bereichen Mission, Caritas, Bildung oder Kultur tätig sind. Einzelne Personen sind auch der finanziellen Unterstützung des bewaffneten Kampfes, einschließlich des Terrorismus, verdächtig.

Eine immer wichtigere Rolle in der globalen Strategie des Islamismus spielen auch die islamistischen Zellen in den muslimischen Gemeinschaften in westlichen Staaten. Diese Zellen bilden die Grundlage für terroristische und militante Strukturen (auch für die Rekrutierung von Kämpfern für die Kriege im traditionellen islamischen Raum) sowie für öffentlich agierende Interessengruppen und für islamistische politische Parteien, die in der letzten Zeit in westlichen Staaten gegründet wurden. Die globalen Netzwerke, die aus staatlichen sowie nichtstaatlichen Akteuren bestehen, die Kombination der regionalen und globalen Ziele sowie Fanatismus und Intoleranz sind Merkmale, die viele Ähnlichkeiten zur früheren Expansion des Faschismus sowie Kommunismus zeigen.

Methoden der Islamisten

Wie die verschiedenen Erscheinungsformen des Islamismus zeigen, kombinieren diese Extremisten unterschiedliche Methoden der Durchsetzung der eigenen Interessen. Die Propaganda, die an die potentiellen Anhänger gerichtet ist, ist eng mit dem Schreckenspotential der islamistischen Gewalt verbunden, die sich gegen Andersdenkende richtet. Es ist interessant, dass auch viele Links- sowie Rechtsextremis-

ten als „bewaffnete Avantgarde“ aufgetreten sind, wobei diese ähnlich wie die Islamisten zeigen wollten, dass der Kampf möglich ist und dass die Massen der Avantgarde folgen können.

Die Formen der Gewalt sind oft unterschiedlich. Die islamistischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung sind mehr mit mancher rechtsextremistischen Gewalttatkette vergleichbar als mit den selektiven Attentaten der westeuropäischen Linksterroristen. Jedoch sind die terroristische Kommunikationsstrategie und die Ausnutzung der Medien sehr ähnlich. Im Unterschied besonders zu Linksextremisten (aber teilweise auch zu Rechtsextremisten) spielt für Islamisten eine Differenzierung der Begriffe Terrorismus einerseits und Guerilla und Partisanen andererseits, die die terroristische Tätigkeit verbrämen soll, keine so deutliche Rolle. Für Islamisten wichtig ist die Selbstdefinition als Dschihad-Kämpfer, und hier haben die westlichen sprachlichen (aber auch rechtlichen) Nuancen keine Bedeutung. Doch die Selbstbezeichnung als Terrorist ist auch unter den gewaltbereiten Islamisten unpopulär, und häufig charakterisieren sie sich selbst als Widerstandsbewegung. Wie schon gesagt wurde, üben die Islamisten nicht nur Gewalt aus. Auch die Propaganda durch karitative Tätigkeit zeigt viel Ähnlichkeit mit der kommunistischen Hilfe in der dritten Welt oder mit der faschistischen Unterstützung für Teile der Arbeiterklasse. Durch die Medialisierung solcher Aktivitäten können die Extremisten das gewollte Selbstbild propagieren. Die eigenen Medien sind für alle Extremisten sehr wichtig, aber auch in fremden Medien können sie sich oft wegen diverser Provokationen durchsetzen.

Islamisten sind erheblich gegen die modernisierende soziale Verwestlichung der islamischen Gesellschaft eingestellt, andererseits aber sehr bereitwillig bei der Ausnutzung der modernen Technologie (z.B. Internet-Propaganda). Diese Apotheose des technologischen Fortschritts in der Verbindung mit dem antidemokratischen Denken wurde auch für den Faschismus sowie für den Kommunismus kennzeichnend.

Islamismus als ein Bestandteil der „antidemokratischen Front“?

Die ähnlichen Merkmale von Islamismus, europäischem Rechtsextremismus und Linksextremismus können auch zur Frage führen, ob diese Strömungen untereinander ihre Tätigkeit koordinieren und ob alle zusammen so etwas wie eine gemeinsame „antidemokratische Front“ bilden. Die Antwort ist nicht eindeutig. Obwohl viele gemeinsame Interessen existieren und verschiedene Links- sowie Rechtsextremisten mit Islamisten in Kontakt getreten sind, sind die Zielvorstellungen der verschiedenen Extremisten deutlich unterschiedlich. Doch das Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ gilt für viele Beispiele aus der gegenwärtigen extremistischen Szene. Gemeinsamer Antisemitismus führt zur gegenseitigen Unterstützung der neonazistischen sowie islamistischen Holocaust-Leugner, wie auch die „International Conference to Review the Global Vision of the Holocaust“ im Dezember 2006 in Teheran gezeigt hat. Auch die gegenseitige Unterstützung in der Verbreitung anderer Verschwörungstheorien ist häufig. Besonders gilt das für dieselben Thesen über die angebliche amerikanisch-israelische Verschwörung im Bezug auf den 11. September 2001, die man in der linksextremistischen, rechtsextremistischen wie islamistischen Propaganda finden kann. Die Linksextremisten unterstützen zumindest verbal den Widerstand im Irak, in Palästina oder in Afghanistan. Es ist aber eine Tatsache, dass größere Popularität in den linksextremistischen Kreisen die linksorientierten militanten Bewegungen aus dem traditionellen islamischen Raum haben, aber da diese gegenwärtig schwach sind, werden auch Organisationen wie Hamas oder Hizballah in den ultralinken Medien glorifiziert.

Andererseits sehen aber die Linksextremisten islamische Dogmen als Problem (z.B. in Frauenrechtsfragen). Sie hoffen häufig, dass der Aufstieg des Islamismus nur eine zeitlich befristete Desorientierung der unterdrückten Massen signalisiert und dass diese Massen später

die „echte Wahrheit“ in den einzelnen Varianten des Linksextremismus finden. Deshalb versuchen Linksextremisten, mit islamistischen Gruppierungen in verschiedenen Bereichen (besonders im Rahmen der Antikriegsbewegung) zusammenzuarbeiten. Besonders viele Trotzlisten erproben in der neuen Hülle der breiten Antikriegskoalitionen ihre traditionelle Strategie des Entrismus. Aber die Islamisten sehen diese Aktivitäten nur als ein Mittel, die westlichen Gesellschaften weiter zu destabilisieren. Auch viele Rechtsextremisten stehen zur engen Zusammenarbeit mit den Islamisten relativ kritisch, weil sie die Islamophobie der Öffentlichkeit für ihre Zwecke ausnutzen wollen. Die Hetze gegen die islamische Im-

migration und eine gleichzeitige Unterstützung des islamistischen Kampfes sehen sie als schizophren und kontraproduktiv. Der Bezug zum Islamismus bildet gegenwärtig eine wichtige Trennlinie innerhalb des europäischen und nordamerikanischen Rechtsextremismus.

Zusammenfassung

Islamismus ist eine globale intolerante Bewegung (aber keineswegs repräsentiert er den ganzen Islam!), die aus verschiedenen Akteuren zusammengesetzt ist und die auch sehr unterschiedliche Methoden nutzt (z.B. Terrorismus, Caritas, quasidemokratischer Wahlkampf etc.). Islamismus zeigt viele Ähnlichkeiten mit den „traditionellen“

Varianten des Links- sowie Rechtsextremismus. Andererseits unterscheiden sich die Zielvorstellungen der einzelnen Extremismen voneinander. Dennoch: die gegen den modernen demokratischen Verfassungsstaat gerichteten Bestrebungen der verschiedenen Extremisten sind der Kern ihrer Gemeinsamkeit, nie heben sie sich gegenseitig auf, sondern sie summieren sich zu einer realen und gefährlichen Tatsache.

Der vorliegende Beitrag wurde im Rahmen des Forschungsprojektes „Politische Parteien und Vertretung der Interessen in den europäischen Demokratien von heute“ (Code MSM0021622407) erarbeitet.

Hass auf die Juden

Der Antisemitismus hat in Deutschland zugenommen

Von Ernst Eichengrün

„Die Juden sind unser Unglück!“ – In diesem Ausspruch kulminierten seinerzeit die antisemitischen Thesen. Für die Antisemiten galt: Die Juden seien grundsätzlich anders als wir, sie seien durch die Bank böse, ja, sie könnten gar nicht anders als böse sein, schließlich: sie bedrohten und sie schadeten uns und der ganzen Welt. Eine Gefahr, die es auszuschalten galt.

Dieser Antisemitismus von rechts außen – der ist uns hinlänglich bekannt. Es ist zum Verzweifeln, dass es ihn der Vergangenheit zum Trotz immer noch gibt. Wenn heute etwa 20 Prozent der Deutschen latente oder manifeste Vorbehalte gegenüber Juden haben, so ist das gerade hier keineswegs hinnehmbar. Doch bisher gab es zumindest eine wertvolle Hemmschwelle, die den Judenhass daran hinderte, die engen Grenzen der Neonazi- und Skinhead-Szene zu überschreiten, sich in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren und sich ungeniert zu artikulieren. Und die Restbestände an partieller oder kompletter Ablehnung der Juden



*Der Autor
Ernst Eichengrün, Königswinter, war u.a. Bundessekretär der Jungsozialisten 1967–69, später Vizepräsident des Gesamtdeutschen Instituts, anschließend Mitarbeiter des Bundesarchivs.*

konnten mangels Mobilisierung und mangels eines Kristallisationspunktes doch nicht akut krisenhaft werden. So schien es bisher jedenfalls. Denn neuerdings gibt es sehr bedenkliche Ansätze zu einer neuen antijüdischen Stimmung.

Gemeint sind hier nicht nur die Relativierung der Verbrechen der NS-Zeit und das vor ein paar Jahren in die Welt gesetzte Wort von der „Auschwitz-Keule“. Beides schlimm genug. Gemeint ist vor allem die in den letzten Jahren stark angewachsene Abneigung gegen die Juden, festgemacht an der Politik des Staates Israel.

Falsche Einschätzungen Israels

Viele aktuelle Einstellungen zu Israel beruhen auf falscher oder einseitiger Wahrnehmung; diese wiederum gründet in Voreinstellungen und einseitigen Informationen.

Was also ist falsch?

- Israel erscheint als Täter, nicht als Opfer. Mit seiner vermeintlichen Halsstarrigkeit wird es als Alleinschuldiger am Nahostkonflikt gesehen. Dass Arafat ein weitreichendes Kompromiss-Angebot Israels ab dem Jahr 2000 mit der 2. Intifada beantwortete, scheint vergessen. Und dass der Rückzug aus dem Gaza-Streifen den bis heute anhaltenden Terror

erst recht anfachte, wird ausgeblendet.

- Die von Anfang an latente Bedrohungslage Israels wird nur unzureichend gesehen. Es fehlt zudem an Empathie in die täglichen Ängste der Israelis vor Terroranschlägen.
- Ausmaß und Intentionen der Politik Israels werden grob verkannt. Wer vom „Apartheids-Staat“ und vom „Vernichtungskrieg“ redet, wer gar die israelischen Maßnahmen mit denen der Nazis vergleicht, beweist damit zumindest Realitätsferne, manchmal aber auch schlichtweg pure Böswilligkeit. Und er spielt denen in die Hände, die sich durch Relativierung von deutscher Schuld entlasten wollen.
- Der israelisch-palästinensische Konflikt erscheint als zentrales, auslösendes Element aller Krisen im Nahen und Mittleren Osten. Ja, sogar als direkte Gefährdung des Weltfriedens. Man verkennt sowohl die mannigfachen Ursachen der anderen Krisen als auch die Tatsache, dass es den Islamisten um nicht weniger als um die Auslöschung Israels geht.
- Die Ablehnung der US-Außenpolitik ist heute weit verbreitet, vor allem genährt durch die Politik von Bush. Für viele aber schlägt sachliche Kritik in generelle Feindschaft gegen Amerika um. Alles, was die Amerikaner tun oder fördern, ist eo ipso verdammenswert. Das trifft insbesondere auch Israel.
- Die Annahme, würde Israel den Palästinensern endlich weit genug entgegenkommen, so wäre seine Sicherheit garantiert, ist verfehlt. Die Frage, ob es dann friedlich weitergeht, wird ausgeblendet. Wer weiß schon, wie sehr die palästinensische Autonomie-Behörde gerade in den letzten Jahren die Motivation zum Konflikt forciert hat? Wer kennt die Erziehung zum Hass in den aktuellen Schulbüchern, wer die Gräuelfilme über kinderschlachtende Juden im palästinensischen Fernsehen?
- Nicht nur, dass an Israel weitaus strengere Maßstäbe angelegt werden als an so manche Problemstaaten, es wird auch den ara-

bischen Opfern bewaffneter Auseinandersetzungen sehr viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet als den Opfern anderer Konflikte in der Welt. Tatsächlich fordert das innerislamische Gemetzel in vielen Ländern sehr viel mehr Opfer als der Palästina-Konflikt.

- Das Palästinenser-Problem wird oft als sozialpolitisches Problem wahrgenommen: Ginge es ihnen besser, so würden sie friedlich. Die religiöse Dimension des Konflikts wird dabei völlig übersehen. Der arabische Antisemitismus gilt als Resultat des aktuellen Konflikts, doch richtig ist, dass es ihn schon lange gab und mit ihm auch frühe Pogrome. Wer will letztlich garantieren, dass er in Zukunft verschwindet und dass die Moslems mit den Juden friedlicher verfahren als es die islamischen Fraktionen untereinander halten?
- Die vom weltweiten Islamismus ausgehende Gefahr wird immer noch nicht hinreichend wahrgenommen. Wem ist bewusst, dass es dem militanten Islam nicht um ein paar qkm in Palästina geht und auch nicht „nur“ um Israel: Der Nahostkonflikt ist für ihn nur ein Ansatzpunkt, den Westen insgesamt zurückzudrängen.

„In Wahrheit ist jeder modern lebende Mensch und ist insbesondere jede selbstbestimmt lebende Frau Ziel dieses feurigen Hasses (der Islamisten). Der ‚Jude‘ ist hier doch lediglich das Symbol für alles Moderne, ja ein regelrechtes Codewort für ein modernes Leben in Freiheit. Für den Islamismus ist Israel und sind die Juden nur populistische Feindbilder, mit denen generell und universell jede Modernität, mit denen Liberalismus, Freiheit, Gleichberechtigung bekämpft werden.“

Dieter Graumann, Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden

Judenhass von links

Antisemitismus ist durchaus kein Privileg der Rechten. Auch viele radikale Linke hängen ihm an. Für sie sind die Palästinenser ein unterdrücktes, kolonialisiertes Volk, das einen gerechten Befreiungskrieg führt. Neu ist diese Tendenz freilich

nicht: Schon für viele 68er gehörte der karierte Palästinenser-Feudel zur obligatorischen Ausstattung. Und etliche RAF-Terroristen lernten ihr blutiges Handwerk bei den Palästinensern.

Für die Stalinisten sind die „Zionisten“ seit Stalins Kampagnen gegen die Juden ohnehin ein Hauptfeind. Für alle Linksextreme gilt Israel heute mehr denn je als Außenposten des Hauptfeindes USA. Für die nationalbolschewistische Fraktion ist das Anprangern vermeintlicher israelischer Gräuelfilme ein Beitrag zur Relativierung deutscher Schuld. So leicht treffen sich auch hier linke und rechte Extremisten.

Ist der linksextreme Hass auf Israel aber vielleicht nur eine Randerscheinung, die sich kaum auf die Gesellschaft insgesamt auswirkt? Für manche Aspekte mag das wohl gelten, doch ein Faktor kann durchaus massenwirksam werden:

Der Kampf gegen den Imperialismus ist heute vom Kampf gegen die Globalisierung abgelöst worden. Wer angesichts komplexer Probleme und latenter Ängste die Orientierung verloren hat, der zieht sich gern auf einfache Welt-Erklärungen zurück. Und da kommt man leicht auf „die Juden“ als die Bösewichter. So erklärt sich, dass in der wenig homogenen Anti-Globalisierungsszene auch Juden-Feindschaft eine Rolle spielt.

Feindbild Israel

„Man wird doch wohl noch Israel kritisieren dürfen“, so heißt es immer wieder in wehleidigem Trotz – durch den oft genug ein hämisches Grinsen hindurchscheint. Nichts ist doch befriedigender, als ein (angebliches) Tabu zu brechen!

Um Missverständnisse zu vermeiden: Nicht jede Kritik an der Politik der israelischen Regierung ist per se antisemitisch. Es ist durchaus legitim, gegen die Siedlungspolitik in der Westbank und den Verlauf des Grenzzauns zu sein. Viele Israelis sind das auch. Doch abgesehen davon, dass wir Deutschen angesichts vergangener, aber nicht vergessener Verbrechen in der Kritik maßvoll sein sollten, droht die bisher klare Linie zwischen einer Kritik unter Freunden und einer Aufkündigung dieser Freundschaft massiv auf-

geweicht zu werden. Aus Kritik wird Schmähkritik, aus Bereitschaft zum Verständnis wird hämische Distanz. Abneigung, Ressentiments und Feindschaft breiten sich aus. Feindlich oder zumindest feindselig, nicht bloß „kritisch“ ist bei vielen die Stimmung geworden. Israel erscheint als Haupt-Störenfried des Weltfriedens. Bis zum Hass und zur Dämonisierung ist es bei manchen nicht mehr weit.

Vieles an den Vorurteilen wird durch einseitige Berichterstattung in unseren Medien erzeugt oder verstärkt. Die Antipathien gegen Israel gehen heute weit über die Medien vom linken und rechten Rand hinaus.

Eine weitere Medien-Tenor-Studie, die zwischen dem 1. Oktober 2001 und dem 31. März 2002 durchgeführt wurde, stellte fest, dass 45,2 Prozent aller Berichte über Israel, die im deutschen Fernsehen liefen, negativ waren, während 49,5 Prozent als neutral und lediglich 5,3 Prozent als positiv charakterisiert werden konnten.

Die Wirkung:

65 % der Deutschen sehen in Israel eine Gefahr für den Weltfrieden, mehr als die Bürger jedes anderen EU-Staates. 68 % stimmen der These vom „Vernichtungskrieg“ gegen die Palästinenser zu und 51 % bejahen den Vergleich Israels mit den Nazis.

Ob die breite Öffentlichkeit angesichts solcher Zahlen heute populistische Kampagnen à la Möllemann wohl noch so leicht wegdrücken würde? Und: Wie belastbar würde im Fall einer ernsten Krise wohl die deutsche Solidarität mit Israel sein?

Zum Antisemitismus ist es nicht weit

Fast alle Kritiker Israels weisen den Vorwurf des Antisemitismus weit von sich, und bei vielen stimmt das wohl, selbst wenn man nie weiß, ob einige nicht doch ihre Vorurteile (noch) für sich behalten.

Doch Antisemit ist nicht nur, wer dessen letzte Konsequenz, den Genozid, will. Antisemitismus fängt lange vorher an: Mit der Betonung der Andersartigkeit der Juden, mit

gewollter Distanz zu ihnen, mit Pauschalierungen, mit negativen Klischees und feindseligen Vorurteilen und mit der Suche nach Sündenböcken für eigene Nachteile und Gefährdungen.

Die Annahme, das Feindbild Israel würde sich nicht auf die Haltung gegenüber den Juden auswirken, ist naiv. Israel steht für die Juden und die Juden stehen für Israel. Nur zu oft werden die Juden insgesamt für Handlungen des Staates Israel in Haftung genommen.

Wer über Israel fast nur negativ berichtet, wer massiv, undifferenziert und schmähend Israel an den Pranger stellt, der müsste also wissen, dass solche Pauschalurteile in aufgeheizter Stimmung ganz von selbst zu Pauschalurteilen über „die Juden“ werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn diese Attacken immer wieder erfolgen und mit systematischer Stimmungsmache verbunden sind. Der Verdacht, dass manche das mit Absicht tun, drängt sich immer mehr auf. Vor allem dann, wenn einer nicht auf „die Juden“ eindrischt, sondern auf die „Zionisten“. Manche sind da ganz offen, so der „linke“ Künstler Mikis Theodorakis, der die Juden als „Wurzel des Bösen“ bezeichnet.

„Was an vielen Demonstrationen gegen Israel auffällt, ist, wie schnell das Engagement in einen Hass gegen das Jüdische schlechthin umschlägt.“

Doron Rabinovici, Wiener Schriftsteller

In dieser Entwicklung ist der Weg zum neuen Judenhasse angelegt, wenn nicht gar schon beschritten. Nicht ganz der alte Antisemitismus, vielmehr eine neue Variante, von einigen Autoren als „sekundärer Antisemitismus“ bezeichnet. Er spricht gerade durch seine Häufung die Stereotype einer herkömmlichen antisemitischen Wahrnehmungsstruktur an. Was bisher latent da war, wird allmählich verfestigt und traut sich dann hervor, kein offen propagierter, wohl aber ein indirekt herbeigeführter neuer Antisemitismus. Ein Antisemitismus ohne Holocaust und Holocaust-Leugnung, aber auch einer, der bei arabischen oder iranischen Angriffen gegen Israel wohl kaum noch Verständnis für Is-

rael aufbringen würde. Und genau darauf spekulieren die islamistischen Hardliner.

Die Gefahr eines neuen Judenhasse wurde lange nicht gesehen. Wie er aussieht und wie seine Zuträger sich äußern, drang lange nicht ins Zentrum der Wahrnehmung. Niemand vermutete ernsthaft Antisemiten diesseits des rechten Randes.

Erst seit wenigen Jahren gibt es (z.T. leider wenig bekannt gewordene) Publikationen zu dieser Entwicklung. Eine von ihnen ist der von Klaus Faber u.a. im Auftrag des Moses-Mendelssohn-Zentrums herausgegebene Sammelband „Neu-alter Judenhasse“ im Verlag für Berlin-Brandenburg, dem die hier wiedergegebenen Zitate entnommen sind.

Im Internet finden sich Infos vor allem auf folgenden websites (jeweils vorher www):

*hagalil.com
achgut.com
israelnetz.de
eussner.net
henryk-broder.de
klick-nach-rechts.de
politicallyincorrect.de*

Überzogene Kritik an Israel macht Kritik an „den Juden“ wieder hoffähig, die bisherige Tabu-Schwelle gegen antijüdische Einstellungen und Aussprüche verschiebt sich rasch, neue Antipathien beleben alte, z.T. vergessene Wahrnehmungsmuster und Vorurteilsstrukturen. Die Juden seien am Antisemitismus leider selbst schuld, heißt es immer öfter (oder wird es zumindest nahe gelegt), der Stammtisch triumphiert: „Wir haben es ja schon immer gewusst“. Und freut sich über die Relativierung der deutschen Schuld aus der Vergangenheit. Der nächste Schritt, von einigen schon getan, ist dann das Gerede von der „jüdischen Weltmacht“ und der „jüdischen Weltverschwörung“.

Die Deutschen sind für Katastrophenängste aller Art besonders anfällig. Wenn sich die Ansicht verfestigt, Israel – also auch „die Juden“ – sei der böartige Störenfried, der den Weltfrieden und damit auch uns bedroht, so rückt das schon in die Nähe der alten These:

„Die Juden sind unser Unglück“. ■

Demokratie braucht Demokraten



Zeitzeugen zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Eine Dokumentation von Werner Müller



Eine Dokumentation von Werner Müller

Demokratie braucht Demokraten
Zeitzeugen zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Grafik/Layout: www.fraza.de

Demokratie Zeitzeugen zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Eine Dokumentation

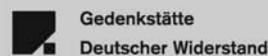
Das 1924 in Magdeburg gegründete Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist die von Beginn an fragile Republik gegen antimoderne und antidemokratische Feinde. Heute ist die Gruppe der Weimarer Demokraten fast aus dem historischen Gedächtnis verschwunden.

Diese Dokumentation zeichnet die Entwicklung und Bedeutung der Reichsbannerbewegung bei Zeitzeugen zu Wort, die die Geschichte noch aus eigener Erfahrung erzählen können.

Für eine starke Republik! ...

- Helmut Albracht.....
- Ernst Fahlbusch.....
- Adalbert Kalbitzer.....
- Heinrich Koth und Walter Schöler.....
- Susanne Müller.....
- Annemarie Renger.....
- Heinrich Schleicher.....
- Volkmar Zühlsdorff.....

Ein Projekt des »Zentralverbandes der Deutschen Demokratischen Organisationen e.V.« und des »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold e.V.« in Zusammenarbeit mit...



© Werner Müller, tryangel, Köln 2011
Diese DVD ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte an den Sequenzen dieser DVD sowie...

Diese DVD gibt es für Vereine, Verbände, Schulen, Institute und alle Leserinnen und Leser von **FREIHEIT UND RECHT** kostenfrei.

Bestellungen bitte mit Adressenangabe an:

ZDWV
Postfach 12 06 17
53048 Bonn
Fax Nr. 0 18 88 / 91 00-842

oder an die Redaktion, Telefon: 0 89 / 1 57 68 13

Der Autor

Werner Müller ist studierter Historiker. Seit 1978 arbeitet er als Dokumentarfilmer. In dieser Zeit hat er über 200 Interviews geführt und produziert über 100 Filme an der Schnittstelle von Ost- und Westdeutschland, Kultur und Alltags-Politik. Müller ist Mitglied in der rare interkulturelle Vereinigung der »Medieninitiative Bonn« und beschäftigt sich mit Philosophie, Kunst und...

Demokratie braucht Demokraten

Die Geschichte
des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold
von Werner Müller

Die Gründung des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold« sollte die Republik von Weimar gegen deren extremistische Feinde schützen. Obwohl die überparteiliche Schutzorganisation zeitweise 3 Millionen Mitglieder hatte, ist ihr historisches Bewusstsein verschwunden.

Basierend auf insgesamt 193 Minuten Filmmaterial erzählt die Dokumentation des »Reichsbanners« nach. Es kommen dabei über diese so weit entfernte Periode deutscher Geschichte zur Anschauung berichten können.

..... 47 Min.
..... 12 Min.
..... 16 Min.
..... 15 Min.
chröder 13 Min.
..... 14 Min.
..... 17 Min.
..... 15 Min.
..... 44 Min.



Das Projekt »Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold – Bund Aktiver Demokraten« wird gefördert durch die »Gedenkstätte Deutscher Widerstand«.

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung
für Kultur und Medien

ZDWV

006, www.tryangel.de

Das Projekt ist durch den Urheberrechtsschutz geschützt. Vervielfältigung und Ausstrahlung auch einzel-
kommerzielle Aufführung sind untersagt.

Der Autor Werner Müller ist ein renommierter Historiker und Germanist. Als Fernsehjournalist und Dokumentarfilmer hat er einige hundert Men-
portraitiert – insbesondere an der Ost- und Westdeutscher Geschichte, Kultur und Politik. Als Kulturmanager hat er meh-
Anstellungen organisiert. Er ist Mit-Initiator der »Kölner Gesellschaft für
Medienkultur e.V.« und der »Kölner Gesellschaft für Medienkultur e.V.« und lebt in Köln.



Demokratie braucht Demokraten

Mit Zeitzeugen auf den Spuren der Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Wer mit dem Begriff »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« hantiert, der erntet im Normalfall strenge oder besorgte Blicke. Da steckt doch etwas Verdächtiges dahinter, irgend etwas Ultranationales, sicher jedenfalls etwas Demokratiefeindliches.



Kaum noch jemand kann heute Begriffe aus der Weimarer Zeit

wie »Reichsbanner« oder »Eiserne Front« historisch einigermaßen passend einordnen. Ebenso wenig ist es heute noch im Bewußtsein, in welchem Maße die Farben freiheitlich-demokratischer Tradition schwarz-rot-gold in der Weimarer Zeit umkämpft waren. Obwohl oder gerade weil es die Farben der gesetzlichen Staatsflagge der Republik waren, wurden sie von den »Nationalen«, von den alten Kräften des Kaiserreichs, von den Nationalsozialisten und ebenso von den Kommunisten heftig bekämpft.

In Wirklichkeit verbirgt sich hinter dem Begriff »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« der wohl am gründlichsten vergessene Widerstand deutscher Geschichte: Widerstand im Vorfeld von 1933, Verteidigungsbereitschaft gegen die extremistischen Feinde der demo-



kратischen Republik von Weimar. Ein breiter Widerstand zudem: 1924 in Magdeburg als überparteiliche Schutzorganisation für Republik und Demokratie gegründet soll das »Reichsbanner« nach eigenen Angaben bald an die drei Millionen Mitglieder gehabt haben. Zum größten Teil Sozialdemokraten. Aber es tra-

ten auch Mitglieder und Anhänger der anderen demokratischen Parteien, also der katholischen Zentrumspartei und der liberalen Demokraten ins Reichsbanner ein. Darunter auch prominente Vertreter, wie der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth oder der spätere Bundespräsident Theodor Heuss.

Der Schutz von Veranstaltungen der demokratischen Parteien gegen die zunehmenden Übergriffe der Feinde der Demokratie gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der »Reichsbanner«-Leute. Es galt, der Gewalt von SA und SS, aber auch den gegen die Demokratie gerichteten Aktionen des kommunistischen »Rotfrontkämpferbunds«, entgegen zu treten.

Der Autor Werner Müller hat sich auf die Suche nach letzten überlebenden Zeitzeugen gemacht, die über die dramatische Endphase der Weimarer Republik und über die Anstrengungen der Demokraten zur Verteidigung der Republik noch aus eigenem Erleben berichten können. Er ist fündig geworden. In einer 45-minütigen Dokumentation und mit zusätzlichen filmischen Portraits von neun Zeitzeugen – fast alle älter als 90 – ist ein lebendiger Blick auf dieses wichtige historische Kapitel entstanden.

Zwei Diktaturen in Deutschland

Zur Auseinandersetzung über ihre Vergleichbarkeit

Von Hans-Jürgen Grasemann

Wir sind das Volk, das sich mit dem untrennbaren Zusammenhang der beiden totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts am intensivsten auseinandersetzen muss. Dem wiedervereinigten Deutschland bieten sich einzigartige Chancen für einen Vergleich der beiden Diktaturen. Dessen besondere Notwendigkeit liegt darin, dass das SED-Regime das Ausmaß der von KPD und NSDAP gemeinsam betriebenen Zerstörung der Weimarer Republik leugnete und sich dann mit seinem Antifaschismus-Mythos als Gegenentwurf zur Nazi-Diktatur legitimieren wollte. Die KPD-SED liquidierte die stärkste der demokratischen Parteien (SPD), schaltete die anderen gleich und gab vor, eine neue Gesellschaft zu schaffen, in der die schönsten Träume wahr würden, eine Gesellschaft, in der kein Mensch durch einen anderen ausgebeutet, geschweige denn geknechtet wird, sondern in der „alle Menschen Brüder“ werden. Eine Gesellschaft zudem, in der die Möglichkeit eines Faschismus für alle Zeiten ausgeschlossen sei. Frieden, Demokratie, Humanismus, am Anfang auch Einheit, waren die bis zum Überdruß heruntergeleiterten Schlagworte, mit deren Anwendung Lüge und Terror von Beginn an Gestalt annahmen.

Wie jeder historische Vergleich ist auch der Vergleich zwischen NS- und SED-Diktatur – zu recht – umstritten. Wer der Vergleichbarkeit das Wort redet, hat sich seit jeher verteidigen müssen. Ihm wird entgegen gehalten, dass der DDR-Sozialismus im Gegensatz zum Nationalsozialismus keinen Holocaust verübt und auch nicht für die Entfesselung eines Weltkrieges mit Millionen Opfern verantwortlich ist. Das Universalargument der Gegner lautet, dass der Vergleich des Dritten Reiches mit der DDR eine schreckliche Verharmlosung des Nationalsozialismus sei. Das Dritte Reich habe Berge von Leichen hinterlassen, die DDR Berge von Karteikarten und Akten. Schon die Bewertung der

SED-Herrschaft als totalitäre Diktatur sei abzulehnen, weil sie eine unzulässige Gleichsetzung der DDR mit dem NS-Regime nahe lege.

Vergleich bedeutet indes nicht Gleichsetzung. Schon 1929 hat Otto Hintze zum historischen Vergleich ausgeführt: „Man kann vergleichen, um ein Allgemeines zu finden, das dem Verglichenen zugrunde liegt; man kann vergleichen, um den einen der möglichen Gegenstände in seiner Individualität schärfer zu erfassen und von dem anderen abzuheben.“ Vergleich und Unterscheidung bedingen einander. Es geht mithin um Ähnlichkeiten und Vergleichbarkeiten von Diktaturstrukturen, um die Auswirkungen von autoritären und totalitären Diktaturen. Das Ziel darf selbstverständlich nicht sein, die einzigartigen Verbrechen zwischen 1933 und 1945 durch das DDR-Unrecht zu relativieren oder gar zu bagatellisieren. Gerade durch den Vergleich werden auch die Unterschiede der beiden Diktaturen systematisch herausgearbeitet, nicht nivelliert. Die Furcht mancher, dass der Vergleich zu einer undifferenzierten Geschichtsschreibung oder einer simplifizierten Beurteilung führt, zu einer Verharmlosung der Singularität des Genozids, erscheint unbegründet.

Das Totalitarismus-Konzept, dem von seinen Kritikern im Kalten Krieg vorgeworfen wurde, dass es die Gemeinsamkeiten von Nationalsozialismus und Kommunismus zu stark betone und die grundlegenden ideologischen Unterschiede leugne, ist seit dem Ende der SED-Herrschaft wieder Gegenstand heftig geführter Diskussionen und erscheint aktueller denn je.

So hat der Nestor der deutschen Zeitgeschichtsforschung, Karl Dietrich Bracher, 1993 unter dem Eindruck der sich entwickelnden Auseinandersetzung über den Vergleich der beiden Terror-Regime erklärt: „Es sollte keiner Diskussion mehr bedürfen, dass Nationalsozialismus und Kommunismus durchaus miteinander zu vergleichen sind, und zwar in dem



Der Autor:

Dr. Hans-Jürgen Grasemann, geb. 1946, ist Oberstaatsanwalt in Braunschweig und war von 1988 bis 1994 stellv. Leiter und Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter. Er verfasste zahlreiche Abhandlungen und hielt viele Vorträge zur deutschen Diktaturvergangenheit von 1933 bis 1989. Seit 2006 ist er Vorsitzender des Vorstandes des Trägervereins der Politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V.

Sinne ihrer inhumanen Zielsetzungen und der Anwendung ihrer Mittel.“ Bracher sprach in Anlehnung an das „klassische“ Totalitarismus-Modell von Carl J. Friedrich von einem totalen Herrschaftsanspruch und Führungsprinzip sowie von einer ausschließlichen Ideologie und der Fiktion der Identität von Regierenden und Regierten.

Unbestreitbar ist, dass beide Systeme in ihrer Herrschaftspraxis charakteristische Ähnlichkeiten aufweisen. Ihre grundlegenden Gemeinsamkeiten sind signifikant: die Monopolgeltung einer scheinbar alles erklärenden Ideologie, der ausschließliche Machtanspruch einer dieser Ideologie verpflichteten Partei, die Ablehnung der Gewaltenteilung, die Einschränkung oder Suspendierung der Grund- und Menschenrechte, die

Abschaffung einer nur Recht und Gesetz verpflichteten unabhängigen Justiz, die Gleichschaltung und Instrumentalisierung der Medien, der Kultur und des gesamten geistigen Lebens, die totale Kontrolle und Lenkung von Staat, Gesellschaft und Individuen durch eine allmächtige Geheimpolizei, die die Willkür der Partei umsetzt und deren aggressive Feindbilder pflegt, um politische Gegner auf „legalem“ Weg ausschalten zu können, der Abbau rechtsstaatlicher Garantien, die Schaffung weit gefasster und unpräziser Straftatbestände im politischen Strafrecht, die Stärkung der Staatsanwaltschaft und die Errichtung von Sondergerichten und Sonderstrafkammern, die Zentralisierung der absoluten politischen Macht, die den Alltag der Bürger bestimmenden Repressions- und Überwachungsmaßnahmen, „Erziehungsdiktatur und Tugendterror“, die ständige Betonung kollektiver Werte, die Massenmobilisierung und ihre politisch-ideologischen Aktionsfelder für alle gesellschaftlichen Schichten.

Die Gemeinsamkeiten in den Grundzügen und Strukturen der beiden diktatorischen Regime verbieten zugleich ihre Gleichsetzung aus den bekannten Gründen. Konnten Hitler und der Nationalsozialismus lange auf die massive Unterstützung durch das deutsche Volk bauen, hat die SED die von ihr unablässig behauptete Massenbasis nie besessen. Weil sie sich ihrer fehlenden demokratischen Legitimation bewusst war, errichtete sie zur Erhaltung ihrer Macht einen gigantischen Überwachungs- und Unterdrückungsapparat mit 91 000 Hauptamtlichen und 173 000 Inoffiziellen Mitarbeitern, der das „Leben der Anderen“ erkundete und im Einzelfall unbarmherzig mit dem Ziel der psychischen oder physischen Vernichtung durch Kriminalisierung zuschlug. 250 000 bis 300 000 politische Häftlinge verbüßten rechtlos und der Willkür ausgeliefert unter Missachtung ihrer Menschenwürde in den Untersuchungshaftanstalten des MfS und in den Strafvollzugseinrichtungen Freiheitsstrafen, die kaum jemals im Verhältnis zum Vorwurf standen.

Daraus erklärt sich, dass der Vergleich der beiden Systeme vor allem von ihren Haftpfern oder deren überlebenden Angehörigen betrieben wird. Sie wehren sich gegen die nach ihrer Auffassung allzu theoretischen

und wissenschaftlichen Deutungen und Definitionsversuche, die ihrem persönlichen Schicksal nicht gerecht werden. Sie wehren sich aber auch zu recht dagegen, „aufgerechnet“ zu werden und weisen darauf hin, dass beide Regime unmenschlich waren und dass es für jedes einzelne Opfer unerheblich ist, wie groß die Zahl der anderen Opfer ist. Besondere Glaubwürdigkeit können dabei vor allem jene Zeitzeugen beanspruchen, die Haftanstalten oder Lager beider Systeme durchlitten haben. Die Opfer der Diktaturen sind eben nicht „aufzurechnen“, sondern zu addieren. Jedes Einzelschicksal verdient Anteilnahme, Fürsorge oder Erinnerung. Der demokratischen Gesellschaft steht es gut an, sich der Opfer – zumal der lebenden – nicht nur an Gedenktagen zu erinnern, sondern sich ihrer anzunehmen und ihnen mehr als den ehemaligen Tätern Gehör zu verschaffen.

Gewiss, die DDR war kein Drittes Reich, aber ebenso ein Staat, in dem Unrecht System war und die Menschenrechte missachtet wurden. Dem Staat der SED kann kein Eroberungs- und Vernichtungskrieg und nicht millionenfach organisierter Mord angelastet werden. Auch stehen den 160 vollstreckten Todesurteilen in der DDR 50 000 bis 60 000 Todesurteile von Sonder- und Kriegsgerichten, darunter allein 5 200 vom Volksgerichtshof verhängte Todesurteile, gegenüber.

Die Veränderung und Untergrabung bestehender normativer Rechtsgrundsätze durch das nationalsozialistische Regime hat Ernst Fraenkel bereits 1941 veranlasst, diesen Zustand als „Dualismus von Maßnahmen- und Normenstaat“ zu kennzeichnen. In diesem „Doppelstaat“ („dual state“) würden zwar zahlreiche Gesetz- und Rechtsnormen äußerlich fort gelten, aber nur auf Abbruch und mit der Funktion als Fassade für die unbeschränkten Maßnahmen der Führergewalt: „Der Maßnahmenstaat ergänzt und verdrängt nicht nur den Normenstaat, er bedient sich auch des Normenstaats, um seine politischen Zwecke rechtsstaatlich zu tarnen.“ Da aber alles unter dem „Vorbehalt des Politischen“ stand, habe alles und jedes dem Zugriff des Maßnahmenstaates offen gestanden.

Auch für die DDR galt, dass weite Rechtsbereiche des Familien- und

Arbeitsrechts, sogar Teile des Strafrechts, und natürlich das Zivilrecht, verbindlich waren. Doch parallel zu diesem „Normenstaat“ herrschte die durch keinerlei rechtsstaatliche Garantien eingeschränkte politische Gewalt durch MfS und politische Justiz. Da nach Fraenkel von einem „Doppelstaat“ nur gesprochen werden sollte, „wenn die Staatsgewalt strukturell einheitlich organisiert ist, ihre Handhabung jedoch funktionell nach verschiedenen Methoden in Erscheinung tritt“, gilt der für den nationalsozialistischen Staat entwickelte Begriff des „Doppelstaates“ auch für den Staat der SED. Denn seine Rechtsordnung stand ebenfalls zur Disposition der politischen Instanzen, Politbüro und Zentralkomitee der herrschenden Partei als selbst ernannter Vollstreckerin der Geschichte.

Das Gewebe von Heuchelei und Lüge, mit dem das Leben im stalinistisch geprägten System durchsetzt und überzogen war, hat Vaclav Havel 1989 in einem Essay eindrucksvoll beschrieben: *„Die Macht der Bürokratie wird Macht des Volkes genannt; im Namen der Arbeiterklasse wird die Arbeiterklasse verklavt; die allumfassende Demütigung des Menschen wird für seine definitive Befreiung ausgegeben; Isolierung von der Information wird für den Zugang zur Information ausgegeben; die Manipulierung durch die Macht nennt sich öffentliche Kontrolle der Macht, und die Willkür nennt sich die Einhaltung der Rechtsordnung; die Unterdrückung der Kultur wird als ihre Entwicklung gepriesen; die Ausbreitung des imperialen Einflusses wird für die Unterstützung der Unterdrückten ausgegeben; Unfreiheit des Wortes für die höchste Form der Freiheit; die Wahlposse für die höchste Form der Demokratie; Verbot des unabhängigen Denkens für die wissenschaftliche Weltanschauung; Okkupation für brüderliche Hilfe. Die Macht muss fälschen, weil sie in ihren eigenen Lügen gefangen ist. Sie fälscht statistische Daten. Sie täuscht vor, dass sie keinen allmächtigen und zu allem fähigen Polizeiapparat hat, sie täuscht vor, dass sie die Menschenrechte respektiert, sie täuscht vor, dass sie niemanden verfolgt, sie täuscht vor, dass sie keine Angst hat, sie täuscht vor, dass sie nichts vortäuscht.“*

Zwei Diktaturen in Deutschland

Der Rückblick auf unsere doppelte diktatorische Vergangenheit und der Vergleich der beiden Diktaturen in Deutschland sind auch ein Beitrag zur Gestaltung der Zukunft in der Demokratie. Nichts lässt uns die

Fundamentalwerte der Demokratie und des Rechtsstaates bewusster erleben und erkennen, dass Freiheit und Toleranz stets aufs Neue verteidigt werden müssen, als das Bewusstwerden der Folgen ihrer Ab-

schaffung. Die Institutionen des Rechtsstaates bedürfen auch in der Demokratie der Rückbesinnung auf die Freiheitstradition. Demokratie braucht Demokraten! ■

Aus den Verbänden

Bund Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter Nordrhein-Westfalen (BDWV) e.V.

Hans Marquardt wird 80

Am 1. Juli kann Hans Marquardt seinen 80. Geburtstag feiern. Als der Krieg und die mörderische NS-Diktatur zu Ende gingen, war er knapp 18 Jahre alt. Anfang 1946 trat er im Lande Mecklenburg der wieder gegründeten SPD bei und erlebte kurz darauf ihr erneutes Ende: Die SPD wurde mit der KPD zur SED, der späteren Monopartei der zweiten deutschen Diktatur, verschmolzen. Die Zerstörer der Weimarer Republik vereinigten sich mit den seinerzeitigen Verteidigern der Demokratie? Für den logisch denkenden und in der Geschichte bewanderten Hans Marquardt ging das nicht mit rechten Dingen zu. Es focht ihn nicht an, dass nicht wenige seiner örtlichen Parteifreunde auf diesen im Moskauer Kreml erdachten Taschenspielertrick hereingefallen sein mochten. Die Drohkulisse der präsenten sowjetischen Streitkräfte hatte vielen die Zustimmung „erleichtert“, zumal widerspenstige Demokraten aller Richtungen wie übrigens auch „Abweichler“ unter den Kommunisten bereits „abgeholt“ worden waren, niemand wusste wohin. Hitlers Ex-Partner (1939–41) Stalin dehnte seine Herrschaft der stummen Angst schleichend, doch unaufhaltsam über alle eingenommenen Gebiete Europas aus.

Hans Marquardt ließ sich auf die Dauer kein Pflaster auf den Mund kleben. Als absehbar wurde, dass

ein kurzer Weg zur deutschen Einheit und damit zur Demokratie und zur Wiederherstellung seiner Partei nicht so schnell zu finden war, wurde er deutlicher. So wurde er wegen des „Delikts“ Sozialdemokratismus verhaftet und verbrachte die Jahre 1951 bis 1955 in den DDR-Zuchthäusern Waldheim und Torgau. Für die deutschen wie die sowjetischen Kommunisten war er – wie viele andere auch – ein „Schumacher-Agent“. Dazu meint Hans Marquardt nicht erst heute: „Die schönste Auszeichnung haben mir meine Feinde verpasst.“

In seiner zweiten Heimat, dem Großraum Düsseldorf, wurde er Lehrer, später Schulamtsdirektor. Für Hans Marquardt war das nicht in erster Linie ein Job mit Beamten-garantie, sondern Mission. Die nachwachsenden Generationen mussten fächerübergreifend mit dem doppelten Angriff auf die Demokratie und schließlich mit der doppelten Diktaturvergangenheit konfrontiert werden, in Deutschland ein optimaler Weg der Erziehung zur Demokratie. Auch nach seiner Pensionierung arbeitete er weiter daran, unter Einsatz des Bundes Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter (BDWV) in Nordrhein-Westfalen. In Düsseldorf organisiert er Themenwochen unter Einbeziehung von Schulen, Öffentlichkeit und prominenten Zeitzeu-



*Hans Marquardt
Vorsitzender des Bundes Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter (BDWV) Nordrhein Westfalen*

gen. Und mit einer effektiven Mischung aus Charme und Nervensäge macht er die erforderlichen beachtlichen Fördermittel locker; er kennt sich schließlich bei den zuständigen Stellen aus.

Ja, es wäre unglaublich, nur bequeme Eigenschaften von Hans Marquardt zu erwähnen. Gerade deshalb, lieber Hans, ändere Dich bitte nicht, bleib' wie Du bist, das tust Du allerdings so wie so, anderenfalls würden Deine Freunde etwas Wichtiges im Leben vermissen. Und dass Du noch lange gesund und aktiv bleibst, das wünscht Dir

die Redaktion

Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)

„Mich hat man vergessen“

Aus Anlass der Befreiung der Kauferinger KZ-Außenlager vor 62 Jahren veranstaltete die Stadt Landsberg am Lech gemeinsam mit dem Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) in würdigem Rahmen eine Lesung. Oberbürgermeister Ingo Lehmann hatte eingeladen; aus Israel angereist war Eva Erben. Sie las aus ihrem Buch mit dem Erleichterung und Trauer zugleich ausstrahlenden Titel „Mich hat man vergessen“. Eva Erben, geborene Loewidt, hat während der NS-Judenverfolgung ihre Eltern und zahlreiche Verwandte verloren. Nur sehr wenige Kinder ihres Alters überlebten.

Die 1930 im böhmischen Tetschen geborene Eva Loewidt kam 1936 nach Prag. Mit der Errichtung des Protektorats 1939 begann die Diskriminierung und Unterdrückung der Juden. Im Dezember 1941 wurde sie in das neu errichtete Ghetto Theresienstadt eingeliefert, nachdem der Ort von Militär und Zivilbevölkerung geräumt war. Die damals 11-jährige war dort bis Oktober 1944 mit ihren Eltern beisammen. Schulbesuch war allerdings wie vie-

les andere verboten. Trotzdem bemühten sich die Ghettobewohner sehr um die Bildung ihrer Kinder. Eva sang im Kinderchor der Oper Brundibar, einem das Böse verkörpernden Leierkastenmann, der letztlich besiegt wurde; sie ist eines von vier Kindern aus dem Chor, die Auschwitz überlebten.

Im Oktober 1944 wurde der Vater mit Tausenden anderer arbeitsfähiger Männer aus Theresienstadt nach Auschwitz deportiert. Eva und ihre Mutter sahen ihn nie wieder. Ein Mithäftling berichtete, er sei in einem der Kauferinger KZ-Außenlager gestorben. Einige Wochen nach dem Vater ging auch Eva mit ihrer Mutter auf Transport nach Auschwitz. Dort stellte sich die damals 14-jährige als 18-jährige dar und entging so der Vergasung.

Die Kriegslage erzwang die Evakuierung der Auschwitz-Häftlinge, Eva kam in ein Außenkommando zum Panzergrabenbau nach Schlesien rechts der Oder. Bevor die Sowjetarmee kam, wurden die Häftlinge auf Todesmärschen nach Westen getrieben. Endlose Fußmärsche

durch Schlesien und Sachsen zehrten an den letzten Kräften. Da sich vom Westen die Amerikaner näherten, nahm der Todesmarsch die Richtung Süden. Evas Mutter starb völlig entkräftet im Außenlager Zwodau in Westböhmen. Die Kolonne nächtigte den nächsten Tag in einem Heuschobber; als sie weiter marschierte, schlief die erschöpfte Eva noch. In dem tschechischen Dorf Postrekov, gar nicht weit weg von Furth i.W. auf der bayerischen Seite wurde sie gerettet, die letzten Kriegstage versteckt und gepflegt. 1949 wanderte sie mit ihrem Ehemann, einem Theresienstädter, nach Israel aus. Dort begann für sie und ihre Familie ein neues Leben.

Im Anschluss an die Lesung stand Frau Erben dem interessierten Publikum, zu dem auch Mitglieder des Landsberger Stadtrats, Zeithistoriker und Vertreter der KZ-Gedenkstätte Dachau zählten, für zahlreiche Fragen zur Verfügung über eine Kindheit, die sie nur wie durch ein Wunder überlebt hat, und ein späteres glückliches Leben in relativer Sicherheit und Geborgenheit.

Ernst Raim

Neuerscheinungen

Wolfgang Templin

Farbenspiele

Die Ukraine nach der Revolution in Orange

Osnabrück 2007 (fibre Verlag)

239 S., 24,- €

Optimismus trotz Rückschlag

Abschied vom Majdan? Ein Rückschlag für die Demokratiebewegung in der Ukraine, nur knapp zwei Jahre nach dem Triumph der „orangenen Revolution“? So

lauten die Fragen und Befürchtungen nach der Wahl des prorussischen Viktor Janukowytsch zum neuen ukrainischen Ministerpräsidenten.

Der Publizist Wolfgang Templin, seit Jahren in den ostmitteleuropäischen Reformländern unterwegs, geht in diesem Buch den Voraussetzungen und Folgen des Umbruchs von 2004 nach. Im Rückblick auf die sowjetische Geschichte, im Kontakt und Austausch mit ukrainischen, polnischen und belarussischen Akteuren, in Gesprächen und Interviews folgt er dem Weg der Ukraine in die Unabhängigkeit und auf den Majdan. Er stellt die Konflikte und Auseinandersetzungen um die kulturelle Identität und den politischen Standort eines Landes

dar, das als ehemaliger Teil des sowjetischen Imperiums seinen eigenen Weg nach Europa sucht.

Analysiert werden die Konflikte und Auseinandersetzungen, die nach der Euphorie des Winters 2004 einen neuen Höhepunkt erreichten und die Lichtgestalten der Revolution im bittersten Zerwürfnis zurückließen. Dissidenten und Oppositionelle verschiedener Generationen, Journalisten, Historiker, Künstler, aber auch Zufallsbegegnungen auf den Streifzügen durch das Land – auf diese Protagonisten der ukrainischen Gesellschaft stützt der Autor seine Wahrnehmungen und Urteile. Langer Atem und historischer Optimismus, die zu Templins eigener Biographie gehören, lassen ihn einen Blick auf die Zukunft einer Ukraine werfen, in deren Farbenspektrum das leuchtende Orange nicht verschwunden ist.

WOLFGANG TEMPLIN, geb. 1948, Philosoph, gehörte der DDR-Bürgerrechtsbewegung an und war Mitbegründer der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die er nach dem Fall der Mauer am „Runden Tisch“ der DDR vertrat. Wolfgang Templin lebt und arbeitet als freier Publizist in Berlin.

Bestellungen und Rezensionsexemplare:
www.fibre-verlag.de

Anatol Rosenbaum:

Die DDR feiert Geburtstag, und ich werde Kartoffelschäler.

Als Arzt und „Agent“ im „Kommando X“ des MfS.
Lichtig Verlag Berlin 2006, 14,50 €

Zum Antisemitismus der SED.

Zur Buchvorstellung und Diskussion lud der Lichtig-Verlag zusammen mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen in Kooperation mit dem Bündnis „Demokratie jetzt!“ und „ImWestenWasNeues“ in das Jüdische Gemeindehaus in der Fasanenstraße. In einem überfüllten Saal ohne Mikrofone las Judith Kessler aus den Erinnerungen des Kinderarztes Anatol Rosenbaum, und das Publikum lauschte ruhig und fasziniert der ungewöhnlichen Lebensgeschichte von Anatol Held – so lautete sein Name ehe er 2005 den ursprünglichen Namen seiner Eltern (bis 1930), Rosenbaum, wieder angenommen hatte. Im Mittelpunkt seines Erinnerungsberichts stehen die Schilderungen der Haftbedingungen und Erlebnisse in den Gefängnissen der Staatssicherheit. Held, Sohn von Kulturfunktionären, der sich kritisch gegen das System der DDR äußert, gilt als besonders verdächtig: Weil er Jude ist und einen Familienfreund aus Israel um Unterstützung bei seinem Fluchtversuch gebeten hatte, wird er Objekt eines als Antizionismus verbrämten Antisemitismus und der Mitgliedschaft im israelischen Geheimdienst Mossad bezichtigt. Deshalb wird er u.a. in das „Kommando X“ in Hohenschönhausen überstellt, das von der Staatssicherheit für

Spionage für den BND und die CIA Verdächtige errichtet wurde. Dort wird er unter anderem mit ehemaligen SS-Angehörigen zusammengelegt, offensichtlich eine besondere Art der Schikane. Als Häftlingsarzt gelingt es ihm, das Vertrauen von anderen Mitgefangenen zu erwerben.

Held schildert seinen Zorn, seine Ängste und Ohnmacht und wie er sie zu überwinden versucht: durch Scheinanpassung und Selbstverleugnung, aber auch durch Witz, Auflehnung und Provokationen. Seine detailreichen Schilderungen stellen das Spezifische der Haft in den Stasi-Knästen heraus. Eine besondere Rolle nimmt die Hinwendung zum jüdischen Glauben ein, was ihm hilft, die Haft zu überstehen.

Nach der Haftentlassung 1970 nimmt Rosenbaum seine Tätigkeit als Kinderarzt wieder auf. 1975 wird er „freigekauft“ und übersiedelt nach West-Berlin. Seine Freilassung verdankt er u.a. dem Sozialdemokraten Herbert Wehner, der die Eltern von Held aus dem Moskauer Exil kannte.

Der sehr persönliche Bericht weckte eine Menge Fragen, die Dr. Rosenbaum gemeinsam mit dem Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Dr. Hubertus Knabe beantwortete, ohne das Publikum zu befriedigen. Ein signifikantes Problem ist die SED-Opferrente, die nach dem gleichen Muster wie nach 1945 unter dem Motto „je später desto billiger“ vertagt wird, wie Knabe feststellte: Egal, wie die Regierung aussieht, die Opposition fordert sie, die Regierung lehnt ab. Die Vorschläge der CDU waren seinerzeit von der rot-grünen Regierung mit dem Hinweis „Die Haushaltslage lässt es nicht zu“ abgelehnt worden, nun würden die Grünen die Einführung einer SED-Opferrente fordern. Dafür würden die Täter entlohnt, denn ihre Tätigkeit im Unterdrückungsapparat wurde für ihre Rente anerkannt. Das, so Knabe, sei ein bedenkliches Signal für die nächste Generation, denn die Lehre, die sie aus Diktaturen ziehen müssten hieße entsprechend: Pass dich an, dann wirst du wenigstens eine gute Rente haben. Die Opfer stehen schlechter da als die Täter, für die 2006 rund 4,1 Milliarden Euro Rentenzahlungen geleistet wurden. Das nun geplante Gesetz sieht eine Rente ausschließlich für Bedürftige vor und würde jährlich etwa 48 Millionen Euro kosten – eine Summe, die die Regierung mit dem Argument „den Schaden kann man sowieso nicht wieder gut machen“ nicht aufbringen möchte.

Eine weitere Frage, die nicht zufriedenstellend beantwortet werden konnte, war die nach den perfide zugefügten Gesundheitsschäden durch Strahlung, für die es zwar eindeutige Hinweise gibt, aber keine endgültigen Beweise. Rosenbaum ist an der gleichen Leukämie wie der Bürgerrechtler Jürgen Fuchs erkrankt, hatte aber das Glück einen Knochenmarkspender in Israel zu finden, so dass er, wenn auch körperlich beeinträchtigt, überlebt hat. Der Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Joachim Gauck, veranlasste eine wissenschaftliche Untersuchung, die zu dem Ergebnis führte, dass radioaktive Strahlung missbräuchlich verwendet wurde – unter anderem wurden verseuchte Manuskripte gefunden, es gibt eine geheime Studie des MfS „Schädigung durch Beibringung radioaktiver Stoffe“, an der Hum-

boldt Universität war zu diesem Thema geforscht worden; allerdings ist der Gebrauch im Einzelfall nicht nachweisbar. Deshalb erhält die Witwe von Fuchs keine Rente. Rosenbaums Klage wurde mit der Begründung abgewiesen: „Es ist zwar wahrscheinlich, aber es fehlen genaue Beweise“: „Die Stasi hat gut verschleiert und damit gesiegt“ (Rosenbaum 167). Rosenbaum selbst scheint sich damit abgefunden zu haben. Er hat sich in seinem Buch den Frust von der Seele geschrieben – eine lohnenswerte Lektüre, die nicht nur ein wichtiges Stück Zeitgeschichte ist sondern auch eine nachahmenswerte Überlebensstrategie offenbart: gut beobachten, nicht aufgeben und die Menschlichen unter den Unmenschlichen finden.

Am Ende des Abends machte Rosenbaum genüsslich, aber doch auch resigniert von seinem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch und sagte: Die DDR ist weg, die Stasi ist weg? Nee, jetzt regieren sie ganz Deutschland, haben ihre Koffer voller Geld in Firmen gesteckt und agieren überall. Gut gebrüllt, Löwe. Eingesperrt wird man für solche Äußerung nicht mehr. Hoffentlich hört jemand hin.

Nikoline Hansen

Joseph Croitoru

Hamas

Der islamische Kampf um Palästina

München 2007 (C. H. Beck-Verlag),
254 S., 19,90 €

Beschreibung einer Gefahr ohne Bewertung

Über die Hamas in Palästina wird seit Jahren regelmäßig in den Medien berichtet. Die Organisation steht sowohl für fanatischen Islamismus und schreckliche Selbstmordattentate wie für politisches Engagement und ein breites Sozialnetz. Doch was ist die Hamas eigentlich, und wie entwickelte sie sich? Dieser Frage geht der Historiker und Journalist Joseph Croitoru, fester Autor des FAZ-Feuilletons, in seinem neuesten Buch „Hamas. Der islamische Kampf um Palästina“ nach. Darin deutet er die Organisation im historischen Kontext ihrer Herkunft aus der ägyptischen Muslimbruderschaft.

Entsprechend setzt das Buch auch mit einer Darstellung dieser Mutterorganisation des modernen Islamismus ein und widmet sich ausführlicher deren Wirken in Palästina. Erst danach geht Croitoru auf die Entstehung der Hamas im Kontext der ersten Intifada ein und thematisiert breiter Ideologie und Handlungen der Organisation. Ihre Rolle als inner-palästinensischer Konkurrent der PLO und Feind der Friedenspolitik zwischen Israelis und Palästinensern steht danach im Zentrum. Und schließlich skizziert der Autor die aktuelle Entwicklung, welche die Hamas nach einer als formal demokratisch geltenden Wahl an die Macht brachte.

Gerade darin sieht Croitoru ein mögliches Modell auch für andere islamistische Gruppen, die in demokrati-

schem Gewand einen Aufschwung nicht nur in dieser Region nehmen könnten. Derartige Problemskizzen könnten den analytischen Reiz des Werkes ausmachen. Es handelt sich aber überwiegend nur um eine interessante Beschreibung, die zwar den guten Kenner der Materie verrät, jedoch: Immer dann, wenn man eine genauere Einschätzung und Systematisierung erwartet, schweigt Croitoru.

So hebt er etwa zutreffend die Wohltätigkeitsarbeit der Hamas als Mittel zum Zweck hervor. Es fehlt aber an einer näheren analytischen Aufarbeitung. Gleiches gilt für die kritischen Hinweise auf die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ in der Charta der Organisation. Dafür übernimmt Croitoru nicht wie andere Autoren unkritisch Angaben der Hamas zu bestimmten Sachverhalten. Allerdings bleibt das Buch auf dieser Ebene stehen. Noch einmal: eine interessante Beschreibung, die aber angesichts des Mangels an Arbeiten zum Thema im deutschsprachigen Raum Beachtung verdient.

Armin Pfahl-Traugher

Mark A. Gabriel

Motive islamischer Terroristen.

Eine Reise in ihre religiöse Gedankenwelt

Gräfelfing 2007 (Verlag Dr. Ingo Resch),
304 S., 16,90 €

Warum haben sie das getan?

Diese Frage stellten sich viele Menschen nach den islamistischen Terroranschlägen in New York, Washington, Madrid und London. Mittlerweile liegt eine Reihe von Publikationen vor, welche darauf eine Antwort geben wollen. Mark A. Gabriel fügt ihnen einen weiteren Erklärungsansatz hinzu. Er war früher Dozent für islamische Geschichte an der Al-Azhar Universität in Kairo, trat später zum Christentum über und nahm seinen jetzigen christlichen Namen an. Im Unterschied zu einer früheren Veröffentlichung hält sich Gabriel in seinem neuen Buch „Motive islamischer Terroristen“ hinsichtlich der Lobpreisung seiner neuen Religion etwas mehr zurück, was der Sachlichkeit und Überzeugungskraft des Werkes gut getan hat. Der Autor bietet als Antwort auf die Frage nach den Gründen für die Taten folgende Erklärung: „Die Wurzel des islamischen Terrorismus ist die fundamentalistische Interpretation des Koran und des Lebens Mohammeds. Andere Faktoren – wie eine schwache Wirtschaft und korrupte Regierungen – sind Nährböden, die dem Unkraut zum Wachstum verhelfen“ (S. 239). Das allererste Motiv sei daher der Glaube der muslimischen Terroristen, könne man doch nur so deren Gedankengänge verstehen.

Gabriel will dies zunächst anhand einer ideengeschichtlichen Darstellung des Islamismus von Hasan al-Bana bis Osama Bin Laden belegen. Danach nennt er die fünf Säulen der radikal-islamischen Philosophie: 1. Gehorche keinem anderen Gesetz als dem islamischen.

2. Man ist umgeben von Ungläubigen. 3. Der Islam muss an die Macht kommen. 4. Der Dschihad ist der einzige Weg zum Sieg. Und 5. der Glaube ist die Antriebskraft. Diese Merkmale arbeitet der Autor aus den Schriften islamistischer Ideologen heraus. Gleichzeitig verweist er auf deren Rekurse auf den Koran, welcher zur Legitimation der Gewalthandlungen genutzt werde. Immerhin sei davon auch die islamische Geschichte bis in die Gegenwart geprägt.

Durchaus überzeugend veranschaulicht Gabriel, dass die Islamisten an Bestandteile von Grundlagen und Historie des Islam anknüpfen können. In welchem Maße es sich hier um eine angemessene oder selektive Deutung handelt, erläutert der Autor nicht. Gerade daraus ergeben sich aber wichtige Erkenntnisse zu Gegenstrategien. Offenbar neigt Gabriel der letztgenannten Interpretation zu, reflektiert er doch darüber, wie man die schweigende muslimische Mehrheit einbeziehen könnte. Dann lässt sich aber nicht seine monokausale Deutung des islamistischen Terrorismus aus dem Glauben heraus bestätigen. Hier kommen noch andere Gesichtspunkte hinzu. Kurzum, ein einseitiges Buch. Gleichwohl mit einer selektiven Betrachtung, die Aufmerksamkeit verdient.

Armin Pfahl-Traugber

Sr. Agnes Bernharda Zepter (Hrsg.)

aus!gelöscht!

Bochum 2006 (Kamp Verlag),
134 S., 6,80 €

Ein unbeugsamer Widerstand gegen die Nazis, der größere Bekanntheit verdient

„aus!gelöscht!“ heißt das dritte Bändchen in einer Dokumentationsreihe zu Lebensschicksalen von Ordensfrauen in der NS-Zeit, herausgegeben und bearbeitet von Sr. Agnes Bernharda Zepter. Hier wird auf die Situation der Ordensschwestern während der NS-Herrschaft in Polen aufmerksam gemacht, wobei besonders auf das Schicksal der Sr. Maria Antonina Kratochwil eingegangen wird, das stellvertretend für die anderen Ordensschwestern steht, die unter den Nationalsozialisten ein Martyrium erlitten und für ihren Glauben ihr Leben gegeben haben.

Sr. M. Antonina Kratochwil wurde am 21.8.1881 in Witkowice geboren. Als Oberin, Internats- und Schulleiterin war sie von 1925–1932 tätig. Der Weg der unmittelbaren Verfolgung der Sr. M. Antonina Kratochwil durch die Nazis begann, als sie am 9.7.1942 als Oberin in Mikuliczyn von der Gestapo zusammen mit anderen Schwestern verhaftet und im kommunalen Gefängnis eingeschlossen wurde. Ihre Ordenstracht musste sie ablegen. Es folgte ein langer Leidensweg unter unmenschlichen Bedingungen, der von Krankheiten begleitet wurde und schließlich am 2.10.1942 infolge der Erschöpfung nach den Misshandlungen und dem Typhus, den sie sich im Gefängnis zugezogen hatte, mit dem Tod en-

dete. Stellvertretend für viele andere Ordensschwestern lieferte Sr. Antonina den Beweis für ihre Bereitschaft, jedes Opfer aus Liebe zu Gott zu akzeptieren und das Zeugnis, sich dem Willen Gottes hinzugeben. Augenzeugen berichten von einer unerschütterlichen Kraft der Schwester, die Leiden und die Verfolgung zu ertragen, die sie aus dem fortgesetzten Gebet und der Liebe zu Gott schöpfte. Unter diesen Umständen bestärkte sie die Mitschwestern auszuharren. Ihre Leiden übertrug sie nicht auf andere. Die Dienerin Gottes war bis zum Tode ausdauernd im Glauben und im Denken Gott zugewandt. Ihre letzten Worte, bevor sie verschied, waren: „Vater unser, der Du bist im Himmel!“, nachdem der Arzt sie fragte, wie ihr Vater heiße. Der Leidensweg, den sie im Zeichen der Nachahmung des Herrn gelebt hat, kann deshalb zu Recht als ein Martyrium im theologischen Sinne betrachtet werden. Sr. M. Antonina wurde am 13. Juni 1999 durch Papst Johannes Paul II in der Gruppe der 108 Märtyrer des 2. Weltkriegs selig gesprochen. Im Seligsprechungsprozess wurde ihre Biographie, ihr Leben, ihre Arbeit im Kloster dargestellt, und alle, die auf ihrem Lebensweg mit ihr zu tun hatten, wurden gehört. Sr. M. Antonina Kratochwil hat ein heiliges Leben geführt und in ihrem Martyrium hat sie es als Heilige vollendet.

Die Publikation gibt berührende Einsicht in die Lebenswirklichkeit der polnischen Ordensschwestern, von denen häufig ganze Konvente umgebracht wurden. Dabei halten Auszüge aus der Stadtchronik Mikuliczyna, Gefängnisberichte sowie Akten, Protokolle und Berichte von Zeitzeugen das Geschehen in der Stadt und an den Menschen dort wach.

Die Herausgeberin Sr. Agnes Bernharda Zepter wurde 1923 in Emmerich geboren. 1943 begann sie ihr Lehramtsstudium mit der Fächerkombination Deutsch, Geschichte, Englisch und Religion. Sie unterrichtete zunächst in Köln und wechselte 1959 an die Marienschule in Essen-Werden. 1963 übernahm sie als jüngste Gymnasialdirektorin die Schulleitung, die sie bis zu ihrer Pensionierung 1994 innehatte. Sr. Agnes Bernharda trat 1943 der Kongregation der „Töchter vom Heiligen Kreuz“ bei und legte 1952 die Ewigen Gelübde ab. Seit ihrer Pensionierung engagiert sie sich insbesondere für die Aufarbeitung von Ordensfrauschicksalen, die Opfer des nationalsozialistischen Terrors wurden. Im Jahre 2005 erhielt sie die Auszeichnung „Bürger des Ruhrgebiets“.

Karoline Knälmann

Rainer Wagner

Mit 15 im Knast

Eine Jugend zwischen politischem Druck und christlichem Glauben

Nürnberg 2006 (VTR-edition bildung und Gesellschaft)
9,50 €

Ein Leben – in besonders intensivem Ausmaß geprägt von den Folgen der Teilung Deutschlands nach dem

Zweiten Weltkrieg. Was erwartet den Leser in dem Buch? Ein eindringliches Beispiel von den menschenverachtenden Maßnahmen und Methoden der SED-Diktatur. Der Autor ist heute evangelischer Theologe und leitet die Evangelische Stadtmission in Neustadt an der Weinstraße. Er nimmt das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) wahr. Außerdem ist er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger politischer DDR-Häftlinge in der Evangelischen Kirche.

In seinem Büchlein vermittelt Rainer Wagner in einer detaillierten Dokumentation seine Erfahrungen mit einem Staat, der unter allen Umständen von ihm nicht genehmigte Auswanderungen verhindern wollte und im Falle seines Versuches, ihn zu verlassen, auch gegenüber dem noch Minderjährigen unerbittlich Bestrafung durchsetzte. In teilweise sehr drastischer Weise werden die an dem 15jährigen Wagner statuierten diktatorischen Maßnahmen geschildert. Die Momentaufnahmen, beispielsweise die Schilderung unmittelbaren Geschehens nach der Festnahme bei Eisenach, aber auch die intimen Hintergründe seiner Herkunft: ein Vater, der als sudetendeutscher Flüchtling wegen seines nicht systemkonformen Verhaltens recht bald Nachteile einstecken musste und deshalb Probleme hatte, seine Familie zu versorgen. Zudem starb seine Mutter mit nur 45 Jahren. Dies wären für einen Rechtsstaat sicherlich triftige Gründe, mit einem Jugendlichen schonender umzugehen.

Besonders interessant ist Wagners Schilderung eines Ereignisses in seiner Schulzeit. Die dabei gemachten Erfahrungen mit systemkonformen Lehrkräften, seine Bloßstellung vor der gesamten Schulgemeinschaft, das Abstandnehmen aller von Wagner, weil dieser nicht bereit war, sich in einer Unterschriftenaktion vom „Klassenfeind“ im Westen zu distanzieren, sind letztlich der Auslöser für den Versuch, die DDR zu verlassen. Demütigende Maßnahmen bei der Körpervisitation im Gefängnis nach Wagners Festnahme vor einer drei Monate dauernden U-Haft, menschenunwürdige Unterbringungen auf der Reise durch die DDR mit 6 bis 10 Gefangenen in einer 1,5 mal 2 Meter großen Zelle im Gefängniszug u.v.a.m. sind eindringliche Beispiele für den Umgang der DDR mit Menschen. Ein eintägiger Aufenthalt des Untersuchungshäftlings Wagner außerhalb des Leipziger Hauptbahnhofs in praller Sonnenhitze und unzureichende Versorgung mit Wasser und Brot erinnert an die Hitzehütte im Film „Die Brücke am Kwai“. Besonders nahegehend sind Dialogpassagen mit diversen Gefangenen, denen Rainer Wagner in dieser Zeit begegnet. Es folgen sehr detailliert der Aufenthalt im Jugendgefängnis Dessau, die kurze Zeit in der wiedererlangten Freiheit und sein erneuter Fluchtversuch 1968 in die Tschechoslowakei mit Ziel Bundesrepublik.

Im Hinblick auf Wagners weiteren Lebensweg wichtig sind seine sehr persönlichen Bekenntnisse über seinen Weg zu Gott und Jesus Christus, entscheidend hervorgerufen durch die Begegnung mit einem gläubigen Mitgefangenen. Zu seiner Freilassung schreibt er:

„Meine Irrfahrt war zu Ende. Sie endete nicht im Westen, sie endete in den Armen meines Retters Jesu Chris-

ti“ am 23. Mai 1969. Seinem Versprechen in der Gefängniszelle in Naumburg, Pfarrer werden zu wollen, kommt er nach.

So erfährt dann der Leser in knapper Weise zu Wagners weiterem Lebensweg: Ausbildung am Seminar des Evangelisch-Kirchlichen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes der DDR in Falkenberg/Mark, spätere Predigerinsätze in der DDR. Rainer Wagner lebt heute mit seiner Familie in Neustadt a.d.W.

Oliver Kösling

Heinz Schneppen

Odessa und das Vierte Reich

Mythen der Zeitgeschichte

Berlin 2007 (Metropol-Verlag)

279 S., 19 €

Die heiße Luft ist raus

Mit der Bezeichnung „Odessa“ verbindet man das Bestehen einer geheimen Organisation ehemaliger SS-Angehöriger, die nach 1945 nicht nur die Flucht von Kriegsverbrechern organisierte. Folgt man diversen Polit-Thrillern wie Fredrick Forsyths „Die Akte Odessa“ von 1972, so beabsichtigte sie auch die Errichtung eines „Vierten Reiches“. Nur, handelt es sich dabei um Fiktion oder Realität? Dieser Frage geht der ehemalige Botschafter und studierte Historiker Heinz Schneppen in seinem Buch „Odessa und das Vierte Reich. Mythen der Zeitgeschichte“ nach. Er macht darin zunächst deutlich, wie weit verbreitet die Auffassungen vom Bestehen einer solchen SS-Geheimorganisation sind. Nicht nur Krimi-Autoren, sondern auch zahlreiche Journalisten und Publizisten widmeten sich ihrem angeblichen Wirken. Für Schneppen handelt es sich dabei aber überwiegend um Mythen, wofür es keine wirklichen Belege gebe.

In seinem Buch geht er akribisch deren Aufkommen nach und konfrontiert die Inhalte mit dem Wissensstand aus Archiven und Forschung. Dabei zerfällt sehr schnell die Annahme von einem konspirativen Netzwerk der ehemaligen SS-Angehörigen. Zumindest in systematischer Form hat es so etwas offenbar nicht gegeben. Dass sich unter der Hand ehemalige SS-Angehörige gegenseitig unterstützten, versteht sich von selbst. Daraus lässt sich aber in der Tat nicht das Bestehen einer verschwörerischen „Odessa“-Organisation ableiten. Bei der Flucht ehemaliger SS-Angehöriger bei Grenzübertritt nach Italien standen als Helfer denn auch nicht ehemalige „Kameraden“, sondern Vertreter der katholischen Kirche als Unterstützer zur Verfügung. Im Argentinien Perons fanden zwar prominente NS-Verbrecher wie Adolf Eichmann und Josef Mengele Unterschlupf. Insgesamt handelte es sich aber um eine weit aus geringere Zahl als häufig kolportiert.

Mit seinen Ausführungen trägt Schneppen zu einem differenzierteren und kenntnisreicheren Bild dieses Komplexes der Zeitgeschichte bei. Insbesondere die Kritik an den Methoden anderer Einschätzungen und Veröffentlichungen verdient dabei Interesse. Dies gilt auch für die Einwände gegen das jüngst auch in deutscher Sprache erschienene Buch „Odessa. Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher“ von Uki Goni. Schneppen gesteht ihm Verdienste als Forscher zu, habe er doch bislang nicht bekannte Quellen erschlossen. Gleichwohl sei deren Interpretation all zu sehr von seinen Prämissen bestimmt. Vieles wirke konstruiert, spekulativ und überzogen. Gerade dies gilt auch für viele andere Veröffentlichungen zum Thema. Ihnen gegenüber liefert Schneppen einen Beitrag mit aufklärerischer Wirkung. Hier und da hätte er noch etwas abgerundeter und zugespitzter präsentiert werden können. Gleichwohl verdient diese Mythenentlarvung Beachtung.

Armin Pfahl-Traugber

Udo Ulfkotte

Heiliger Krieg in Europa

Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht

Frankfurt/M. 2007 (Eichborn-Verlag),
303 S., 19,90 €

Am Anliegen vorbei.

Die islamistische Bedrohung der westlichen Gesellschaften muss nicht nur mit Gewalt und Terrorismus verbunden sein. Neben dieser Form lässt sich auch eine friedliche und legale Variante ausmachen, welcher es aber ebenso um die Vorherrschaft des Islam in der Welt geht. Den damit verbundenen Gefahren widmet sich der Journalist Udo Ulfkotte in seinem neuesten Buch „Heiliger Krieg in Europa. Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht“. Darin sollen die Auswirkungen einer „schleichenden Islamisierung“ für die freiheitliche demokratische Grundordnung aufgezeigt werden.

Ulfkotte veranschaulicht zunächst die immer stärkere gesellschaftliche Bedeutung der Muslime in Europa und kritisiert die Nachgiebigkeit gegenüber den im Namen des Islam eingeforderten Sonderrechten. Danach widmet er sich der „Muslimbruderschaft“, die als „Geheimbund zum Wohle Allahs“ mittels einer klug durchdachten Strategie Europa islamisieren wolle. Zu diesem Zweck sei ein „Spinnenetz“ verschiedenster Organisationen entstanden. Deren Finanzierung durch dubiose Methoden von Callshops bis zu Stiftungen bildet dann den letzten Schwerpunkt des Buchs.

Ulfkotte listet für seine These von der „schleichenden Islamisierung Europas“ durchaus beeindruckende Belege und Fallbeispiele auf. Sie reichen von dem Hinweis auf den boomenden Moscheebau in Europa über die

Einforderung islamspezifischer Rechte und T-Shirts mit der Aufschrift „2030 – dann übernehmen wir die Macht“ bis zu Mordaufrufen gegen Islam-Kritiker. Besonders erschreckend wirken die Ausführungen über einen 1982 entstandenen angeblichen „Masterplan“, worin Strategien zur Islamisierung der vom Verfall bedrohten westlichen Gesellschaften skizziert werden.

Gleichwohl überzeugt Ulfkottes Darstellung aus formalen wie inhaltlichen Gründen nicht: Viele seiner gerade interessanten Informationen und Zitate sind nicht genau belegt. Entweder fehlen die Nachweise ganz, oder es gibt keine Seitenbelege, oder es finden sich nur ungenaue Hinweise auf das Internet. Mitunter formuliert der Autor pauschal und undifferenziert, wie z.B. mit der Aussage: „Die Mehrheit der europäischen Muslime steht längst unter dem Einfluss der Muslimbruderschaft...“. Belege dafür nennt Ulfkotte nicht, empirische Studien widersprechen ohnehin dieser Behauptung. Die Realität ist schon etwas differenzierter.

So empörend es ist, wenn ein muslimischer Taxifahrer eine blinde Frau mit ihrem Hund aus „religiösen Gründen“ nicht transportiert, weil ihm der Hund als „unreines Tier“ gilt, so lässt sich aus solchen Einzelheiten doch nicht das Wirken der Muslimbruderschaft ableiten. Mitunter steigert sich Ulfkotte in Verschwörungsauffassungen hinein, welche die Komplexität des Phänomens Islamismus nicht wirklich erfassen. Damit schadet er seinem aufklärerischen Anliegen mehr als er ihm nützt. Die Gefahren des Islamismus verdienen in der Tat stärkere Beachtung, aber bitte besser belegt und differenzierter dargestellt.

Armin Pfahl-Traugber

FREIHEIT UND RECHT

**Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. Bonn (ZDWV),
Dr. h.c. Annemarie Renger, Postfach 120617, 53048 Bonn.

Redaktion: Jürgen Maruhn, Telefon: 089/1576813

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn.

Das Bezugsgeld ist bei Mitgliedern der dem ZDWV angeschlossenen Organisationen durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft in den angeschlossenen Verbänden verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe 01. 08. 2007